

Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

THEMA JUGEND

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSCHUTZ UND ERZIEHUNG

■■■■■ KINDER IM BLICK HALTEN



**Politik ist keine
Tabula rasa**

**Jugendstrategie
für NRW muss her**

**Was wir wollen!
Jugendliche im
Gespräch**



INHALT

THEMA

Junge Kinder und Politik

Möglichkeiten zur Förderung der politischen Teilhabe junger Kinder
Thomas Goll 3

Senkt das Wahlalter ab!

Kinder und Jugendliche sind in der Lage, sich eine Meinung zu bilden
Jan Peter Gesterkamp 6

Jugendstrategie für NRW

Landesjugendring NRW fordert eine Jugendstrategie
Jil-Madeline Blume 8

Von Politik und Gesellschaft allein gelassen?!

Ein Gespräch mit Jugendlichen 11

Unsere Jüngsten sind die Zukunft der Gesellschaft

Interview mit Christina Schulze Föcking 12

Demokratie-Profis in Ausbildung

Politische Bildung von Anfang an
Rebecca Arbter 14

Sich eine eigene Meinung bilden

HanisauLand – die Internetseite für Kinder
Christiane Toyka-Seid 17

Blitzlicht

Kinderstärkungsgesetz
Sabine Ader 19

MATERIAL ZUM THEMA

Verband Katholischer Tagungseinrichtungen
Demokratie in Kinderschulen 20

Landtag NRW
Digitale Entdeckungstouren für Schulen 20

Klicksafe
Ethik macht klick 21

KOMMENTAR

Partizipative Strukturen schützen
Max Pilger 22

BÜCHER & ARBEITSHILFEN

BAG Landesjugendämter
Hallo, ich bin Nele 23

Dima Zito / Ernest Martin
Selbstfürsorge und Schutz für Soziale Berufe 23

INFORMATIONEN 23

IN EIGENER SACHE 25

VORWORT



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe der **THEMA JUGEND** trägt den Titel „Kinder im Blick halten“, denn genau das wird zunehmend vergessen. Nachdem in den vergangenen Monaten von Seiten der Organisationen und Institutionen des Kinder- und Jugendschutzes vermehrt darauf aufmerksam gemacht wurde, Kinder im Blick zu halten, gab es Ende Mai nun die bittere Erkenntnis der Zunahme von Gewalttaten gegen Kinder. Auch wurden Kinder und Jugendliche in der Corona-Krise wenig gehört, wenn es um Lockdown und Lockerungen ging. Ob in Schule, Sport, Musik oder Freizeit – Kinder waren kaum Thema.

Der Jugendforscher Klaus Hurrelmann antwortete in einem Interview auf die Frage, ob im Kontext der Corona-Krise angesichts der vielen laufenden gesamtgesellschaftlichen und politischen Abwägungsprozesse die Bedürfnisse von Jugendlichen bisher ausreichend berücksichtigt wurden: „NEIN! Alle Herausforderungen, die im Lebensabschnitt um die Pubertät herum relevant sind, sind mit Einschränkungen durch das Coronavirus verbunden. (...) Zudem spielen in dieser Zeit der Adoleszenz Konsum, Freizeit und Medien eine immer bedeutendere Rolle, die auch Einfluss auf die Heranreifung eines politischen Bürgers mit eigener Wertorientierung hat.“ (*Kinderärztliche Praxis*, 2020, 91, Seite 294-296).

Aber wie können Kinder im Blick gehalten werden? Welche Mittel und Methoden gibt es, Kindern und Jugendlichen eine Stimme zu geben. Die Fachbeiträge in dieser Ausgabe beschreiben Möglichkeiten der politischen Bildung und Einflussnahme. Es werden Portale vorgestellt, die Kindern Teilhabe ermöglichen. Darüber hinaus geht es um die Forderung nach dem Absenken des Wahlalters und einer Jugendstrategie, damit die Interessen junger Menschen gesellschaftlich wahrgenommen und politisch vertreten werden. Im Gespräch mit Jugendlichen erzählen diese, wie es ihnen zurzeit geht und welche Wünsche sie an Politik und Gesellschaft haben.

Wie immer freuen wir uns über Rückmeldungen zur gesamten Ausgabe der **THEMA JUGEND** oder zu einzelnen Beiträgen.

Mit dieser Ausgabe der **THEMA JUGEND** verabschiede ich mich als Redakteurin von Ihnen. Ab der nächsten Ausgabe übernimmt wieder Dr. Lea Kohlmeyer, die aus der Elternzeit zurückkehrt. Es hat mir viel Vergnügen bereitet, Sie, liebe Leserinnen und Leser zu begleiten. Umso mehr freue ich mich, seit dem 15. Juni als Projektreferentin den Kinderschutzparcours bei der Kath. LAG betreuen zu dürfen (siehe Seite 25).

Es grüßt herzlich

Gundis Jansen-Garz

Thomas Goll

Junge Kinder und Politik – keine Tabula rasa

Möglichkeiten zur Förderung der politischen Teilhabe junger Kinder

„Schülerinnen und Schüler sollen so früh wie möglich an die Grundprinzipien unserer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung herangeführt und mit ihnen vertraut gemacht werden. Sie sollen lernen und erfahren, dass die Demokratie den Menschen die Möglichkeit eröffnet, für sich selbst und die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen und ihre Rechte einzufordern.“ So heißt es im Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 in der Fassung vom 11.10.2018. Wie kann es gelingen, dass Bildungseinrichtungen wie Kita und Schule Kindern eine altersgerechte politische Sozialisation vermitteln? Welche Grundlagen brauchen Kinder, um ihre Meinung zu äußern und politische Teilhabe einfordern zu können?

▶ Lange Zeit galt die frühe Kindheit als politikferne, wenn nicht gar politikfreie Lebensphase.¹ Junge Kinder bis zum Beginn der Pubertät, so in Anschluss an Piaget, seien weder in der Lage noch motiviert, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen. Dass dem nicht so ist, zeigen schon Studien aus den 1970er Jahren, die jedoch nach einer Hochphase des Interesses eine Zeitlang kaum mehr wahrgenommen wurden. Erst ab den 2000er Jahren begann das Interesse an der politischen Sozialisation dieser Altersgruppe wieder zu steigen, wengleich viele Äußerungen dazu eher programmatischer Natur waren als auf empirische Studien gerichtet.^{2,3} Heute wissen wir, dass wir zwar viel zu wenig wissen, aber das Wenige, das wir sicher belegen können, zeigt, dass auch junge Kinder keine apolitischen Wesen sind.⁴ Dies sollte uns Anlass genug sein, mehr erfahren zu wollen. Denn nur dann können wir politisches Lernen von Kindern auch sinnvoll begleiten.

Was wissen wir über die politische Sozialisation junger Kinder?

Zuallererst: Junge Kinder sind keine politische Tabula rasa, die Lebensspanne bis zum Ende der Grundschulzeit ist keine politiklose Phase. Insbesondere das Elternhaus nimmt in diesem Lebensabschnitt großen Einfluss auf politische Orientierungen, Parteineigungen und Weltanschauungen.⁵ Aktuelle Forschung kann zudem nachweisen, dass „Kinder durchaus in der Lage [sind], grundlegende demokratische Prinzipien zu verstehen, selbst wenn sich ein differenzierteres Verständnis von Begrifflichkeiten wie Demokratie, Staat oder Gesellschaft erst im Laufe des Jugendalters entwickelt“.⁶ Kinder verfügen jedoch schon über naive Theorien von Politik.⁷

Im Einzelnen können folgende Aspekte für Kinder im Vorschulalter als empirisch gesichert gelten:

- a) Sie kennen Politiker und Repräsentanten von Staaten.⁸
- b) Sie können politische Wissensbestände kategorisieren.⁹

c) Sie verwenden politische Begriffe auf einem grundlegenden Niveau.¹⁰

d) Sie haben ein Bewusstsein von politischen Problemen.¹¹

Betrachtet man Kinder im Grundschulalter und berücksichtigt dabei insbesondere die Befunde zur Ausprägung von politischem Wissen sowie politikbezogenen Fähigkeiten und Einstellungen,^{12,13} dann ergibt sich insgesamt ein Bild, das es mehr als rechtfertigt, politische Bildung im Sachunterricht der Grundschule nicht nur zu verankern, sondern auch auszubauen, denn „[u]nabhängig vom Untersuchungsland oder dem Entstehungszeitpunkt der Studien zeigt sich, dass Kinder bereits in der Lage sind, politische Sachverhalte wahrzunehmen, zu verstehen oder einzuordnen“.¹⁴



Was können wir nicht sicher sagen, hoffen wir aber?

In Hinsicht auf politische bzw. demokratische Bildung in der frühen Kindheit und im Grundschulalter gibt es einen enormen normativen Überschuss: Für die Kindertagesstätten postulieren alle vorschulischen Bildungspläne der Bundesländer, dass Kitas Orte der demokratischen Erfahrung sein sollen,¹⁵ und auch eine Mehrheit der im Kinderreport 2020 des Deutschen Kinderhilfswerks befragten Erwachsenen hält eine Ausweitung von Mitbestimmungsrechten von Kindern im Kindergarten, also gelebte Demokratie, für wichtig (35 Prozent) bzw. sehr wichtig (17 Prozent).¹⁶ Auch die Lehrpläne der Bundesländer legen alle eine demokratische Einstellung – zumeist in Einklang mit Landesverfassung und Schulgesetz – als Erziehungsziel auch der Grundschule verbindlich fest.¹⁷

Andererseits muss festgestellt werden, dass trotz der Tatsache, dass „Partizipation und Demokratiebildung in den Konzepten und Programmen in der frühen Bildung als Thema [...] breit diskutiert werden, [...] empirische Daten zur Umsetzung weitgehend [fehlen]“¹⁸ und damit auch „die empirische Fundierung der Bedeutung von Partizipation sowie eines konzeptionellen Rahmens für kindgerechte und an den Rechten der Kinder orientierte Beteiligungsprozesse im Bereich der frühen Bildung [...] noch am Anfang [steht]“.¹⁹

Insgesamt wird von der vorschulischen politischen Bildung in Kindertagesstätten und der schulischen in der Primarstufe also erwartet, dass sie erstens funktioniert und zweitens auch genau die demokratieförderlichen Effekte hat, die ihr zugeschrieben werden, ohne es jedoch genauer belegen zu können, denn die Lage ist trotz positiver Evaluationsergebnisse²⁰ vor allem von breiten Forschungslücken gekennzeichnet:

- a) In der Summe liegen nicht wirklich viele Erkenntnisse zur (früh)kindlichen politischen Sozialisation und deren späteren Folgen vor.²¹
- b) Es gibt keine echten Längsschnittstudien, die Aufschluss über die Genese und Weiterentwicklung kindlicher Politikkonzepte und Erklärungsmuster liefern könnten.²²
- c) Es mangelt bislang an interdisziplinären Kooperationen, z. B. für die Entwicklung von geeigneten Instrumenten zur Erforschung der (früh)kindlichen domänenspezifischen Vorstellungen.



Das heißt, wir hoffen sehr, dass alle unsere Bildungsanstrengungen fruchten, Kinder schon früh in ihrem Bürger*innenstatus und Bürger*innenbewusstsein anzusprechen und sie zu befähigen, ihre Rechte auf Mitbestimmung in und Mitgestaltung von ihrer Lebenswelt und unserer Demokratie kompetent wahrzunehmen. Empirisch gesehen steht das Ganze aber auf tönernen Füßen. Es gibt zwar Indizien dafür, dass Demokratie- und Politik-Lernen in dieser Altersgruppe gehen und wirken, aber sicher können wir uns erst sein, wenn es mehr empirische Forschung dazu gibt.

Was können und sollten wir tun?

In der Diagnose stecken schon die Heilmittel. Wirkliche Kenntnis von den wirksamen Möglichkeiten zur Förderung der politischen Teilhabe junger Kinder und der damit verbundenen Folgen für Politik und Gesellschaft erhalten wir nur, wenn wir die empirische Grundlagen- und Begleitforschung stärken. Dies setzt voraus, dass an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine entsprechende Forschungskapazität bereitgestellt wird. Forschung ohne Forschende und Forschungsprogramme gibt es nicht. Dies ist eine Bringschuld der Wissenschaft, die dieses Forschungsfeld zu lange brach hat liegen lassen.

Empirische Forschung findet nicht im luftleeren Raum bzw. ohne Situierung statt. Zwar kann man in Laborstudien Aufschluss z. B. über grundlegende Wissensbestände und kognitive Prozesse von Kindern gewinnen, da aber Sozialisation immer in eine Umgebung hinein stattfindet und keine Einbahnstraße ist, können valide Aussagen über die Genese des politischen Wissens, Urteilens und Handelns sowie der damit verbundenen Einstellungen nur im Feld gewonnen werden. Dies setzt den Zugang dazu ebenso wie die Bereitschaft aller Beteiligten, d. h. der Kinder, ihrer Eltern bzw. Erziehungsberechtigten, der pädagogischen Kräfte und der Leitungen, der institutionell und politisch Verantwortlichen usw. voraus, sich darauf einzulassen.

Damit solche Kooperationen zwischen Einrichtungen, Schulen, Verwaltung und Forschung gelingen, braucht es eine vertrauensvolle gemeinsame Basis, die Offenheit und Toleranz voraussetzt. Wo diese Gunstfaktoren vorhanden sind, lassen sich Brücken zum besseren Verständnis frühkindlicher Entwicklung und zur demokratischen Gestaltung unseres Gemeinwesens schlagen.

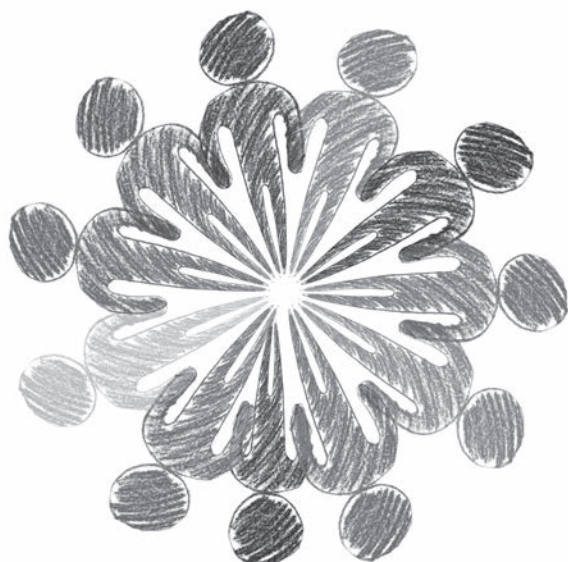
An der TU Dortmund wird daher im Institut für Didaktik integrativer Fächer (IDIF) der Forschungsschwerpunkt politische Bildung von jungen Kindern in Zusammenarbeit mit Kolleginnen und

Kollegen der Entwicklungspsychologie, Erziehungswissenschaft, Politikwissenschaft sowie weiterer interessierter Disziplinen stark ausgebaut. Noch für dieses Jahr ist geplant, mit dem Projekt „Demokratiebrücken“ an den Start zu gehen, in dem Grundschulen mit räumlich nahegelegenen Kindertagesstätten und unter wissenschaftlicher Begleitung durch den Lehrstuhl für integrative Fachdidaktik Sachunterricht und Sozialwissenschaften der TU Dortmund gemeinsame Standards für demokratische Teilhabe von Kindern etablieren und umsetzen. Das interdisziplinäre „Initiativzentrums für politische Bildung und kommunale Demokratie“ (IZBD) an der TU Dortmund wurde 2021 zudem bewusst als Angebot an pädagogische Einrichtungen und Schulen gegründet, um in Fragen der politischen Bildung ins Gespräch und in die Kooperation zu kommen.

Die Demokratie ist uns und unseren Kindern aufgegeben. Sie kann nur leben in und durch uns alle. Forschung und Praxis können dazu einen gemeinsamen Beitrag leisten. Es gibt viel zu tun, packen wir's an – gemeinsam. ■

Anmerkungen

- 1 Vgl. Berti 2005
- 2 Vgl. Danner 2012
- 3 Hansen, Knauer & Sturzenhecker 2011
- 4 Vgl. van Deth u. a. 2007
- 5 Vgl. BMFSFJ 2020, S. 144f.
- 6 Eckstein 2019, S. 408
- 7 Vgl. Götzmann 2015
- 8 Schauenberg 2014
- 9 van Deth u. a. 2007
- 10 Goll 2020
- 11 van Deth u. a. 2007
- 12 Vgl. Götzmann 2015, S. 32-73
- 13 Gläser & Becher 2020
- 14 Götzmann 2015, S. 73
- 15 Vgl. vbw 2020, 84ff.; BMFSFJ 2020, 160
- 16 Deutsches Kinderhilfswerk 2020, 42f.
- 17 Vgl. vbw 2020, S. 100ff.
- 18 vbw 2020, 78
- 19 Nentwig-Gesemann / Maywald 2020, 1
- 20 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015
- 21 Astudo / Ruck 2010, 149
- 22 ebd., 252



Literatur

- Astudo, Jennifer / Ruck, Martin: Early Childhood as a Foundation for Civic Engagement. In: Sherrod, Lonnie R. / Torney-Purta, Judith / Flanagan, Constance A. (Hrsg.): Handbook of Research on Civic Engagement in Youth. Hoboken, New Jersey 2010, VS. 249-275.
- Bertelsmann Stiftung: „jungbewegt – Dein Einsatz zählt.“ Erfahrungen – Ergebnisse – Erfolge. Gütersloh 2015.
- Berti, Anna Emilia: Children's understanding of politics. In: Barrett, Martyn / Buchanan-Barrow, Eithne (Hrsg.): Children's Understanding of Society. Hove / New York 2005, S. 69-103.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin 2020.
- Danner, Stefan: Partizipation von Kindern in Kindergärten: Hintergründe, Möglichkeiten und Wirkungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 62, H. 22-24, 2012, S. 40-45.
- Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.): Kinderreport Deutschland 2020. Rechte von Kindern in Deutschland: Die Bedeutung des Draußenspiels für Kinder. Berlin 2020.
- Eckstein, Katharina: Politische Entwicklung im Jugend- und jungen Erwachsenenalter. In: Kracke, Bärbel / Noack, Peter (Hrsg.) Handbuch Entwicklungs- und Erziehungspsychologie. Berlin 2019, S. 405-423.
- Gläser, Eva / Becher, Andrea: Präkonzepte von Grundschulkindern zu politischen Konzepten: Forschungslinien und empirische Befunde zum Politischen Lernen im Sachunterricht. In: Albrecht, Achim / Bade, Gesine / Eis, Andreas / Jakubczyk, Uwe / Overwien, Bernd (Hrsg.): Jetzt erst recht: Politische Bildung! Bestandsaufnahme und bildungspolitische Forderungen. Frankfurt a.M. 2020, S. 62-83.
- Goll, Thomas (2020): Politische Konzepte junger Kinder - Ergebnisse einer explorativen Teilstudie. DOI: 10.13140/RG.2.2.32302.13129.
- Götzmann, Anke: Entwicklung politischen Wissens in der Grundschule. Wiesbaden 2015.
- Hansen, Rüdiger / Knauer, Raingard / Sturzenhecker, Benedikt: Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Demokratiebildung mit Kindern! Bonn 2011.
- Nentwig-Gesemann, Iris / Maywald, Jörg: Partizipation und Kinderrechte. In: Frühe Bildung, 9, 2020, S. 1-2.
- Schauenberg, Eva-Maria: „Mama, was ist ein Obama?“ – frühkindliche Konzepte von Politik und die Frage nach der Organisation anschlussfähigen Politiklernens. In: Behrens, Rico (Hrsg.): Kompetenzorientierung in der politischen Bildung – überdenken – weiterdenken. Schwalbach/Ts. 2014, S. 59-69.
- van Deth, Jan / Abendschön, Simone / Rathke, Julia / Vollmar, Meike: Kinder und Politik. Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr. Wiesbaden 2007.
- vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hrsg.): Bildung zu demokratischer Kompetenz. Gutachten. Münster 2020.



Univ.-Prof. Dr. Thomas Goll, Lehrstuhl für integrative Fachdidaktik Sachunterricht und Sozialwissenschaften, Institut für Didaktik integrativer Fächer, Fakultät für Sozialwissenschaften, TU Dortmund; Promotion in Politikwissenschaft; Lehr- und Forschungsschwerpunkte: politische und sozialwissenschaftliche Bildung von der Kita bis zur gymnasialen Oberstufe, außerschulische politische Bildung, politische und geschichtskulturelle Fragen

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Wenn Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, mit Fridays for Future auf die drohende Klimakatastrophe in internationalem Maßstab hinzuweisen, dann sind sie auch in der Lage, mit 16 Jahren ihren politischen Willen in Deutschland zum Ausdruck zu bringen. Es ist überfällig, ihnen diese Perspektive zu eröffnen.“

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen Jugendinstituts, Quelle: Aufruf #wahlalterssenken, Deutscher Bundesjugendring

Jan Peter Gesterkamp

Senkt das Wahlalter endlich ab!

Kinder und Jugendliche sind in der Lage, sich differenziert eine Meinung zu bilden

Seit Jahren fordern der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und viele seiner Jugendverbände die Absenkung des Wahlalters: 16 Jahre, 14 Jahre, ab Geburt – ohne Altersgrenze, so lauten die Forderungen verschiedener Organisationen und Verbände. Doch warum ist den Jugendverbänden das Anliegen so wichtig?

► Auftrag des Dachverbands

Für den BDKJ als Dachverband der katholischen Jugendverbände ist Interessenvertretung eine der Kernaufgaben. Interessensvertretung bedeutet, Kindern und Jugendlichen eine Stimme zu geben. Diese Aufgabe ist vor allem dort wichtig, wo die Stimme fehlt – bei den Wahlen zu den Parlamenten und Vertretungen. Als eines von vielen beschlussfassenden Gremien der Jugendverbände hat 2018 die Landesversammlung des BDKJ NRW e.V. einen Antrag zur frühestmöglichen Wahrnehmung des Wahlrechts verabschiedet: „Kinder und Jugendliche besitzen die Fähigkeit, bei entsprechenden Voraussetzungen, wie guter politischer Bildung im Schulunterricht, einem breiten Zugang zu non-formaler Bildung und einer zugewandten Haltung von Politik hin zu Kindern und Jugendlichen, verantwortungsvolle Wahlentscheidungen zu treffen. [...] Junge Menschen sollen so früh wie möglich ihr höchstpersönliches Wahlrecht bei Kommunalwahlen, bei Landtagswahlen, bei Bundestagswahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament wahrnehmen können. (Bei Kommunalwahlen ist in 9 von 16 Bundesländern das aktive Wahlrecht auf 16 festgesetzt worden, u. a. in NRW.¹⁾ Wir fordern von Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft die Voraussetzungen zu schaffen und zu gestalten, die es jungen Menschen ermöglichen, selbstbestimmt an diesen Wahlen teilzunehmen.“²

Wissen um die Kompetenz

Die Argumente für oder gegen eine Absenkung des Wahlalters sind schon lange ausgetauscht.³ Wir wissen aus der Jugendverbandsarbeit, dass Kinder und Jugendliche in der Lage sind, sich differenziert eine Meinung zu bilden, Entscheidungen abzuwägen und Verantwortung zu übernehmen. Wir sind überzeugt davon, dass eine Absenkung des Wahlalters diese Kompetenzen sogar noch verbessern würde.

Die katholischen Jugendverbände im BDKJ sind demokratisch verfasst. Von der Ortsebene bis zur Spitze der Bundesverbände sind alle Mandate und Entscheidungen demokratisch legitimiert. Kinder wählen ihre Pfarrleitungen, Pfarrleitungen wählen Diözesanleitungen, die Diözesanebene wählt die Bundesebene. Dieses Prinzip funktioniert seit Jahrzehnten. Mit den guten Erfahrungen der verbandsinternen Demokratie entstand der Wunsch, diese Prinzipien auf die gesamte Gesellschaft zu übertragen und die Partizipationsrechte nicht von willkürlich gesetzten Altersgrenzen abhängig zu machen und so große Teile der Bevölkerung von Wahlen auszuschließen.

Auch wenn an dieser Stelle nicht auf die einzelnen Argumente eingegangen werden soll, sei doch über die entwicklungspsychologische Seite ein Wort verloren, da die Übertragung von Verantwortung immer auch die Frage nach der Überforderung und damit nach dem Kindeswohl stellt. Die oft ins Feld geführte „fehlende kognitive Reife“, die nötig sei, um eine Wahlentscheidung zu treffen, kann spätestens im Schulalter angenommen werden, im Einzelfall auch schon früher (4 bis 6 Jahre).⁴ Dabei ist selbstverständlich darauf hinzuweisen, dass keine Wahlpflicht besteht. Einer Überforderung kann durch Fernbleiben leicht entgangen werden, auch wenn dem Verfasser unklar ist, wodurch eine solche Überforderung entstehen sollte, da Kinder – wie alle Menschen – täglich viele Entscheidungen treffen und schon früh in der Lage sind, Handlungs- und Entscheidungsalternativen zu unterscheiden.

Nicht alle Kinder und Jugendlichen haben Erfahrungen mit Partizipation in Verbänden und Vereinen gemacht. Daher beschränkt sich die Forderung nach mehr Partizipation auch nicht auf die Teilnahme an demokratischen Wahlen und das Wahlalter. Kindermitbestimmung muss in allen Lebensbereichen gelebt werden. Vor allem die bislang wenig demokratisch aufgebauten Bereiche, die den Alltag vieler Kinder bestimmen, haben noch Aufholpotenzial. Mit großer Anerkennung ist daher das Engagement vieler Kitas zu würdigen, die die Meinung „ihrer“ Kinder einholen und ernst nehmen. Die demokratischen Strukturen in der Schule sind durch das Machtgefälle zwischen Schüler*innen und Lehrer*innen und viele strukturelle Vorgaben viel zu schwach. Es erschließt sich vielfach nicht, wie im Unterricht in der Theorie über Demokratie gesprochen wird, die praktische Umsetzung aber am System Schule scheitert.





Echte Partizipation

Häufig bringen Politiker*innen, die ein Wahlalter unter 18 Jahre ablehnen, alternative Formen ein, um Kinder zu beteiligen. Jugendparlamente, Kinderbeauftragte und andere Partizipationswerkzeuge werden vorgeschlagen, um das Beteiligungsdefizit zu kompensieren. Daran ist vor allem erfreulich, dass ein solches Defizit erkannt wird. Aber auch hier können wir auf Erfahrungen aus der Partizipation der Verbandsarbeit zurückgreifen. Kinder nehmen Partizipation nur ernst, wenn sie auch ernst gemeint ist. Und im parlamentarischen System gibt es letztlich nur ein ernsthaftes Mittel für Mitbestimmung – die Wahlen.

Das haben auch mehrheitlich die demokratischen Parteien erkannt und ihre Programme entsprechend geändert bzw. erste Gesetzesentwürfe eingebracht.⁵ Allein die CDU bzw. CSU argumentiert seit Jahren gegen jede Absenkung.⁶ Wenn jedoch die Wirkungen für die Gesellschaft erkannt werden, kann so eine Absenkung mehrheitsfähig werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Wirkungen für die Gesellschaft erkannt werden und so eine Absenkung endlich mehrheitsfähig wird.

Wirkung für die Gesellschaft

Als kleine Entscheidungshilfe sollen an dieser Stelle einige Wirkungen einer Absenkung angesprochen werden. Dabei kann gut auf die Erfahrungen unseres Nachbarlandes Österreich zurückgegriffen werden.⁷ 2007, also vor mehr als zehn Jahren, wurde dort auf allen politischen Ebenen das Alter für die Wahrnehmung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre gesenkt. Dies ist in der EU einmalig. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass eine Revolution ausgeblieben ist. Gleichwohl ist die Wahlbeteiligung bei jungen Menschen in Österreich besonders hoch. Ein frühes Wahlrecht führt nach einhelliger Meinung auf lange Sicht zu einer Erhöhung der allgemeinen Wahlbeteiligung, da die Teilnahme an Wahlen eingeübt ist.⁸

Österreich hat auch gezeigt, dass die Wahlbeteiligung bei Jugendlichen von deren Interesse an der Politik abhängig ist. Das Interesse an Wahlen und dem demokratischen System zu wecken, muss gesamtgesellschaftlicher Auftrag sein. Die Schule muss entsprechend früher auf das Thema eingehen. Eine frühere „Politisierung“ der Jugend kann nur begrüßt werden.

Im Umkehrschluss interessiert Politik sich verstärkt und frühzeitig für die Jugend. Bislang ist Jugendpolitik trotz aller Bemühungen von einmischender Jugendpolitik Ressortpolitik. Sollten Menschen unter 18 Jahre jetzt das Wahlrecht erhalten, kommen 1,5 Millionen Wähler*innen hinzu, die es zu erreichen gilt (ausgehend von einem Wahlalter 16). Diese Erstwähler*innen haben in der Regel kein Parteibuch und selbstredend keine Präferenz durch vorherige Wahlentscheidungen. Hier müssen die Parteien auf neue Art und Weise Angebote machen, die sicher auch für „erfahrene“ Wähler*innen hilfreich sein können.

Denkbar an dieser Stelle ist eine Änderung der Praxis, vor allem mit Namen und Gesichtern den Wahlkampf zu gestalten. Es müssen Inhalte vermittelt werden! Kommentierte Kurzfassungen der Wahlprogramme können dabei helfen. Bestehende Angebote wie z. B. der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung gewinnen an Bedeutung.

Bleibt abschließend zu hoffen, dass diese und die vielen weiteren positiven Effekte die Anerkennung finden, die sie verdienen und sich in Bund und Land Mehrheiten bilden, die das Thema zu ihrer Sache machen. In Nordrhein-Westfalen wird im Mai 2022 der nächste Landtag gewählt. Die darauffolgenden Koalitionsverhandlungen sind ein guter Zeitpunkt, um eine Verfassungsänderung herbeizuführen und damit gleichzuziehen mit Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein.⁹

Das „vornehmste Recht in einer Demokratie“ war stets von Wandel und Ausweitungen berührt. Alle Ausweitungen bedeuteten großen gesellschaftlichen Fortschritt. Der BDKJ ist überzeugt, dass wir bereit sind, diesen Weg weiterzugehen. Mit 16 Jahren und früher. ■

Anmerkungen

- <https://www.wahlrecht.de/kommunal/index.htm>
- Beschluss der Landesversammlung 2018 des BDKJ NRW „Wir wollen mehr! Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.“
- Statt vieler: https://www.bdkj-nrw.de/fileadmin/Downloads/U28/BDKJ-NRW_16-Doku_WEB.pdf.
- Jörg Maywald in „Absenkung des Wahlalters - Eine Auseinandersetzung mit Argumenten gegen eine Absenkung der Altersgrenzen bei politischen Wahlen“ m.w.N. https://www.kinderrechte.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/3_Beteiligung/3.7_Wahlalterbroschuere/DKHW_wahlalterbrosch-A4-i.pdf (abgerufen am 29.3.2021).
- BT-Ds 19/23687 <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/236/1923687.pdf>; <https://www.vorwaerts.de/artikel/spd-programm-wahlalter-16-jahre-sinken> (abgerufen 29.3.2021); <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-11/gruenen-parteitag-wahlrecht-wahlalter-absenken-altersgrenze> (abgerufen 29.3.2021); https://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2010/110320_beschluss_wahlrecht.pdf (abgerufen 29.3.2021).
- Paul Lehrieder MdB in der Plenardebatte des Deutschen Bundestages am 13.11.2014 <https://www.cdcsu.de/themen/familie-frauen-arbeit-gesundheit-und-soziales/wahlen-sind-kein-spiel> (abgerufen am 29.3.2021).
- <https://www.oefge.at/policy-briefs/waehlen-ab-16/> (abgerufen am 29.3.2021).
- <https://www.euractiv.de/section/europawahlen/opinion/ready-to-vote-eine-betrachtung-der-jungsten-wahler-in-osterreich> m.w.N. (abgerufen 29.3.2021)
- <https://www.wahlrecht.de/landtage/> (abgerufen 30.4.2021)



Jan Peter Gesterkamp ist Volljurist und Referent bei der Landesstelle des BDKJ NRW e.V.

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Mir ist es wichtig, dass Jugendliche bereits im Alter von 16 Jahren ihre Stimme abgeben können, so dass frischer Wind in die Politik kommt.“

Theresia, 13 Jahre, Quelle: Aufruf #wahlalterssenken, Deutscher Bundesjugendring

Jil-Madelaine Blume

Eine Jugendstrategie für NRW! Jetzt!

Der Landesjugendring NRW fordert eine Jugendstrategie im Sinne Einmischender und Eigenständiger Jugendpolitik für NRW

Nach dem Feiern durch einen dunklen Tunnel heimlaufen oder über eine gut beleuchtete Brücke? Für junge Menschen ist es eine relevante Frage, wie öffentliche Räume aussehen sollen. Zu solchen Entscheidungen werden sie jedoch nicht befragt, sondern müssen mit den Entscheidungen Erwachsener leben. Damit die Interessen junger Menschen endlich gesellschaftlich wahrgenommen und politisch vertreten werden, braucht es eine Jugendstrategie. Sie soll dafür Sorge tragen, dass Entscheidungen an diejenigen ausgerichtet werden, die am längsten mit ihren Folgen leben müssen: Kinder und Jugendliche.

► Deutschland ist alt. Ganz schön alt. Genaugenommen sind in nur vier Ländern die Menschen durchschnittlich noch älter als in Deutschland: in Japan, in Italien, Martinique und Portugal.¹ Dass Menschen älter werden, ist in erster Linie erfreulich. Ein hohes Durchschnittsalter weist aber auch auf immer weniger Kinder und Jugendliche in einer Gesellschaft hin. Und das stellt auch Nordrhein-Westfalen vor eine große Herausforderung: Wie können wir in einer immer älter werdenden Gesellschaft kinder- und jugendgerecht handeln?

Wem gehört die Macht?

Die Bürger*innen, die in Deutschland wählen dürfen, sind zu mehr als einem Drittel über 60 Jahre alt. Demgegenüber haben Wählende unter 21 Jahren bei der Bundestagswahl 2017 lediglich drei Prozent der Stimmen ausgemacht. Junge Menschen können ihr Recht auf Beteiligung also allein zahlenmäßig nicht ohne Unterstützung der Erwachsenen geltend machen. Zunächst ist deshalb die Absenkung des Wahlalters dringend geboten. Eine konsequente und strategische Beteiligung darf hier aber nicht stoppen. Denn selbst wenn Kinder ab Geburt wahlberechtigt wären, würden sie durch das Wahlrecht allein niemals ihre Interessen gegen die zahlenmäßig überlegenen Älteren und Alten durchsetzen können.

Diskriminierung junger Menschen gefährdet ihr gutes Aufwachsen

Dieses Machtgefälle Erwachsener gegenüber jungen Menschen hat einen Titel und beschreibt eine Diskriminierungsform: Adulthoodismus. „Konkret werden zum Beispiel Ideen und Meinungen von Kindern und Jugendlichen oft ignoriert oder mit der Begründung nicht ernst genommen, sie seien zu jung. Adulthoodismus ist wahrscheinlich die einzige Diskriminierungsform, die jeder Erwachsene selbst erlebt hat. Sie ist so alltäglich, dass wir die Art und Weise, wie wir Kinder behandeln, oder wie wir selbst als Kinder behandelt wurden, nicht oft infrage stellen.“²

Verstärkt werden die negativen Folgen von Adulthoodismus noch, wenn Kinder und Jugendliche mehrfachdiskriminiert werden. Das ist der Fall, wenn sie zusätzlich von anderen Diskriminierungsformen wie z. B. Rassismus, Sexismus, Ableismus oder



Transfeindlichkeit und damit von intersektionaler Diskriminierung betroffen sind. Das Machtgefälle des Adulthoodismus ist wie die anderen genannten Diskriminierungsformen strukturell und findet deswegen auch in den politischen Gremien Ausdruck. Hier werden Kinder und Jugendliche weder ausreichend beteiligt noch ihre Interessen angemessen vertreten. Dabei haben Kinder und Jugendliche z. B. auf Basis des SGB VIII und der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht, ihre Interessen einzubringen und an Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden.

Wie groß nicht nur der Wille zur Mitbestimmung, sondern auch die politische Sachkunde junger Menschen ist, zeigt das aktuelle Beispiel einer Verfassungsbeschwerde, die hoffentlich in die Geschichte eingehen wird. Neun junge Menschen hatten Beschwerde eingereicht, dass das Klimaschutzgesetz von 2019 ihnen keine menschenwürdige Zukunft ermögliche. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 29. April 2021 die Verfassungsbeschwerde in weiten Teilen akzeptiert: Die Freiheits- und Grundrechte würden bereits heute durch unzureichenden Klimaschutz verletzt – die Bundesregierung muss nachbessern.³ Der Klimawandel, auf den Kinder und Jugendliche vor allem durch Demonstrationen aufmerksam machen, wird zu ihrem

Nachteil von Erwachsenen nicht entschieden genug bekämpft. Und auch in der Pandemie werden die negativen Folgen der Diskriminierung junger Menschen sichtbar: Schulen und Kindergärten sind nicht auf Angebote im digitalen Raum vorbereitet, obwohl viele Kinder und Jugendliche hier eine große Expertise mitbringen.

Kinder und Jugendliche in der Pandemie

Die Pandemie hat aber nicht nur gezeigt, dass Kinder und Jugendliche beim digitalen Lernen und Arbeiten nicht ausreichend mitgenommen werden, es zeigen sich auch gesundheitsgefährdende Aspekte ihrer Diskriminierung. Für Kinder und Jugendliche ist bis zum heutigen Tag kein Impfstoff gegen das Coronavirus zugelassen. Das ist besonders schädlich, denn die Auflagen zur Beschränkung sozialer Kontakte haben nachweislich einen entwicklungsrelevanten Einfluss auf Kinder und Jugendliche, die in ihrer Entwicklung auf den Kontakt mit Gleichaltrigen angewiesen sind. Obwohl dies bekannte Tatsachen sind, kommt Kindern und Jugendlichen keine Priorität zu, wenn Impfungen entwickelt und eingesetzt werden. Kinder und Jugendliche werden nur in dem Rahmen berücksichtigt, der berufstätige Erziehungspersonen entlastet.

„Jugendliche wollen mitbestimmen – auch in der Corona-Zeit. Sie haben wichtige Ideen zur Umsetzung unterschiedlicher Maßnahmen in ihrem Alltag. Doch diese Stimme wird kaum gehört“, zeigt der Forschungsverbund „Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit“, der in seinen bundesweiten Studien JuCo und KiCo die Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen evaluiert hat. Die Forscher*innen stellen fest: „Das Recht der jungen Menschen auf Beteiligung und Schutz darf nicht ein Schönwetterrecht sein, sondern muss demnach krisenfest sein. Wenn es in der Krise aussetzt, ist es nicht fest genug etabliert.“⁴

Diese und viele andere Entwicklungen behindern das gute Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und werden in verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhängen sichtbar. Außerdem tragen Kinder und Jugendliche Entscheidungen am längsten. Es ist deswegen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Wege zu finden, Kinder und Jugendliche zu beteiligen sowie Entscheidungen auf Augenhöhe zu treffen, die die Zukunft unserer Gesellschaft betreffen. Zudem ist es die Aufgabe der Entscheidenden, die Interessen von Kindern und Jugendlichen überall dort sichtbar zu machen und zu vertreten, wo sie sie selbst nicht vertreten können. Von der UN-Kinderrechtskonvention über das SGB VIII bis hin zum 3. Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz in NRW gibt es Bestimmungen, die Entscheidungsträger*innen (insbesondere in der Verwaltung) darin bestärken müssten, das „best interest of the child“ in ihre Entscheidungen mit einzubeziehen. Dass dies häufig nicht oder nicht ausreichend geschieht, liegt möglicherweise an fehlenden Kenntnissen und Instrumenten, um einen solchen Abwägungsprozess anzustoßen und dabei junge Menschen mit einzubinden.

Damit notwendige Kenntnisse gewonnen und Instrumente eingesetzt werden können, fordert der Landesjugendring NRW eine landesweite Jugendstrategie als strukturelle Verankerung Eigenständiger und Einnischender Jugendpolitik.

Eine Jugendstrategie bedeutet: Alle Themen sind Jugendthemen

Am Punkt der strukturellen und krisenfesten Verankerung von Eigenständiger und Einnischender Jugendpolitik setzt eine Ju-

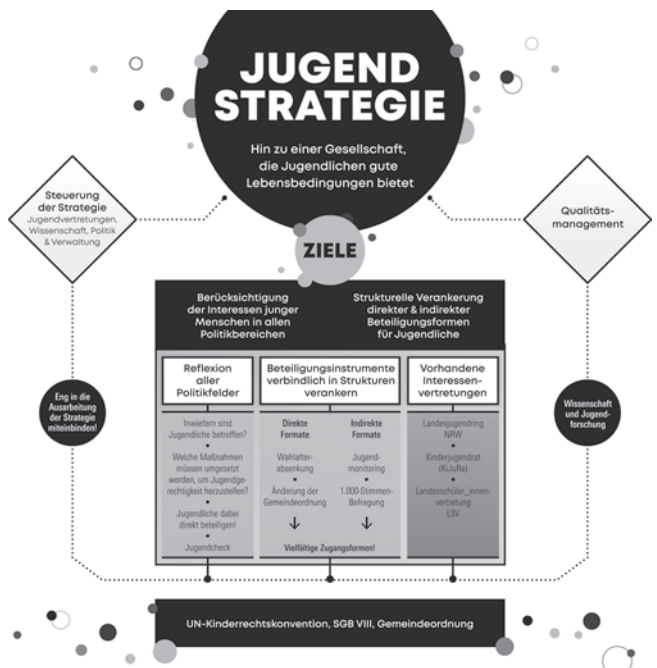
gendstrategie für NRW an. Die EU, der Bund und einige weitere Bundesländer haben bereits Jugendstrategien erarbeitet bzw. befinden sich in Prozessen zu ihrer Entwicklung. Im November 2019 hat der Landesjugendring NRW deshalb die Forderung nach ihrer Etablierung in NRW beschlossen. Eine Jugendstrategie bedeutet für die 25 Mitgliedsverbände eine grundsätzliche und langfristige Kombination aus Maßnahmen, um die Beteiligung junger Menschen und das Mitdenken ihrer Themen in allen Politikfeldern der Landespolitik zu etablieren und sicherzustellen.

Sie verfolgt dabei zwei Ziele:

Das erste Ziel ist es, sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Interessen junger Menschen und die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf die Lebenswirklichkeit junger Menschen berücksichtigt werden – und das in allen Politikbereichen. Denn die Themen junger Menschen gehen weit über das hinaus, was im Jugendministerium verhandelt wird. Auch überall dort, wo es um Städteplanung, um Gesundheitsfragen oder Digitalisierung geht, sind junge Menschen von Entscheidungen betroffen, – also überall!

Das zweite Ziel einer Jugendstrategie für NRW ist es, Instrumente zu verankern, die Kindern und Jugendlichen direkte Beteiligungsmöglichkeiten an landespolitischen Entscheidungen ermöglichen. Diese Instrumente müssen vielfältig sein, unterschiedliche und angemessene Zugangsvoraussetzungen beinhalten, verschiedene Zielgruppen ansprechen und verschiedene Stufen der Beteiligung ermöglichen. Jugendverbandsarbeit an sich oder die Aktivitäten rund um die U16- und U18-Wahlen zeigen es: Kinder und Jugendliche denken und handeln politisch – auf ihre eigene Art. Sie gestalten Räume, arbeiten zusammen und sind kreativ. Bürokratisierte Sprache und langatmige Sitzungen schrecken ab, Formate echter Beteiligung gelingen. Je nach Alter und Interessen können sie Teil von Entscheidungsprozessen sein: Von dem Erfragen ihrer Meinung bis hin zu Entscheidungen, die sie eigenverantwortlich treffen.

Eine Jugendstrategie für NRW ist keine akute Lösung eines Problems, keine punktuelle Forderung, sondern ein Prozess. Deswegen muss im Rahmen einer Jugendstrategie ein Qualitäts-





management verankert werden, das ihre regelmäßige Überprüfung und Fortschreibung sicherstellt. Weil alle Themen Jugendthemen sind, geht es der Jugendstrategie nicht um eine Beschäftigung der Fachwelt mit sich

selbst, sondern um eine ressort- und professionsübergreifende Zusammenarbeit. Für eine solche Zusammenarbeit müssen junge Menschen selbst sinnvoll eingebunden werden – im Rahmen eines von freien Trägern mitgestalteten Beteiligungspakets. Eine Hürde auf dem Weg zu mehr Beteiligung ist oft auch, dass Daten und Zahlen zu den Lebenslagen junger Menschen fehlen oder zu selten erhoben werden. Eine Stärkung der Jugendforschung ist folglich unabdingbar.

Instrumente einer gelingenden Jugendstrategie

Als konkrete Instrumente schlägt der Landesjugendring NRW zum Beispiel einen Jugendcheck für NRW, ein Jugend-Monitoring sowie das Instrument der 1.000-Stimmen-Befragung vor.

Der Jugendcheck prüft alle politischen Entscheidungen auf ihre Auswirkungen für Kinder und Jugendliche. Der Jugendcheck ist damit ein Verfahren, mit dem Politik sich verpflichtet zu prüfen, ob ihre Vorhaben gute oder schlechte Folgen für junge Menschen haben. Langfristig ist der Jugendcheck NRW auch auf Erlasse, Verordnungen und weitere Regelungen auszuweiten.

Ein Jugendmonitoring liefert Daten zur Lage von Kindern und Jugendlichen, ähnlich dem Kinder- und Jugendbericht, der einmal pro Legislatur und damit zu selten veröffentlicht wird, um auf die Bedarfslagen von Kindern und Jugendlichen reagieren zu können. In NRW wird die Entwicklung eines solchen vom Landesjugendring NRW in Anknüpfung an die Empfehlung des Bundesjugendkuratoriums vorgeschlagenen Jugendmonitorings vorangetrieben. Es soll durch subjektorientierte Forschung Entscheidungsträger*innen Wissen über die Perspektive junger Menschen zur Verfügung stellen. Zudem werden bestehende, auf digitaler Basis funktionierende Instrumente im Hinblick auf eine Nutzung in NRW näher betrachtet. Im Kontext der Jugendstrategie soll ein Jugendmonitoring allgemein dazu dienen, Informationsbasis zu sein sowie regelmäßig und verlässlich (subjektive) Perspektiven von Jugendlichen und jungen Erwachsenen abzubilden. Es geht nicht darum, ihre Lebenslagen zu erfassen (wie Armutgefährdung, mangelnde Gesundheit o. Ä.), sondern ihre Einstellungen und Orientierungen, Handlungsmuster und Strategien im Licht ihrer jeweiligen Lebenssituationen. Ein Jugendmonitoring als Instrument Einmischender Jugendpolitik in NRW könnte einmal in einer Legislaturperiode durchgeführt werden.

1.000-Stimmen-Befragungen, also repräsentative Befragungen zu einem bestimmten Thema, können kurzfristig wichtige Informationen liefern. Hier soll mit forschungsbasierten Instituten zusammenarbeitet werden. Wie können Interessen und Bedarfe

junger Menschen repräsentativ erfasst werden? Wo und wie werden sie erreicht? Das Internet und insbesondere soziale Medien müssen als wichtiger Ort der Meinungsbildung und politischen Teilhabe für junge Menschen berücksichtigt werden.

Wie die vorgeschlagenen Instrumente eingesetzt werden können, will der Landesjugendring NRW gemeinsam mit der Politik in einer Jugendstrategie entwickeln. Klar ist: Die Lebensphase Jugend muss politisch mit und für junge Menschen kohärent gestaltet werden. Diese Gestaltung – wie sie u. a. das Bundesjugendkuratorium 2011 skizziert hat – ist in NRW noch nicht verwirklicht.

Ein erster Schritt wurde dazu am 30. November 2020 auf dem Fachtag „Eine Jugendstrategie für NRW“ gegangen. Die jugendpolitischen Sprecher*innen der demokratischen Fraktionen haben sich hier dafür ausgesprochen: Die Eigenständige und Einmischende Jugendpolitik in NRW muss weiterentwickelt werden und dazu kann eine Jugendstrategie beitragen.

Die nächsten Schritte sind ein fraktionsübergreifender Antrag auf die Etablierung einer Jugendstrategie in NRW. Der Landesjugendring NRW setzt sich weiterhin für eine umfassende Jugendstrategie in NRW ein. Denn nur mit ihr kann es gelingen, Eigenständige und Einmischende Jugendpolitik in NRW langfristig zu etablieren und die Rechte auf Beteiligung von allen Kindern und Jugendlichen zu stärken. ■

Anmerkungen

- <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/242823/umfrage/laender-mit-dem-hoehsten-durchschnittsalter-der-bevoelkerung>
- <https://www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/kindertagesbetreuung/partizipation-und-demokratiebildung/das-abc-der-beteiligung/adultismus/>
- Eine gute Zusammenfassung und Hintergrundinformationen zur Verfassungsbeschwerde gibt es hier: <https://germanwatch.org/de/verfassungsbeschwerde>
- Andresen, S.; Lips, A.; Möller, R.; Rusack, T.; Schöer, W.; Thomas, S.; Wilmes, J. 2020, S. 17. Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Pandemie. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Hildesheim: Universität Hildesheim.



Jil-Madelaine Blume ist M.A. Germanistik und Referentin für Einmischende Jugendpolitik auf Landesebene im Landesjugendring NRW. Ihre Schwerpunktthemen sind die Lobbyarbeit für Kinder und Jugendliche in NRW. Dazu gehört die Etablierung einer Jugendstrategie in NRW sowie die Absenkung des Wahlalters.

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Ich war mit der Kindergartengruppe schon einmal im Rathaus und habe mir angeschaut, wo die Politiker sitzen. Das fand ich toll.“

Merle, 7 Jahre aus Bottrop

Ein Gespräch mit Jugendlichen über Mitbestimmung, Corona und Politik

„Wir sind es, die später den Laden schmeißen müssen!“

Von Politik und Gesellschaft allein gelassen?

Kinder werden viel zu selten gehört. Ihre Meinung ist nicht gefragt. Ob in Politik, Gesellschaft, Bildung oder Corona – die Entscheidungen, die getroffen werden, berühren immer auch Kinder und Jugendliche. Dennoch sind es stets Erwachsene, die diese Entscheidungen treffen. Doch was denken junge Menschen darüber und welche Themen und Wünsche haben sie? Gundis Jansen-Garz hat für **THEMA JUGEND** vier Jugendliche befragt:



V.l. **Bjarne**, 15 Jahre, Gymnasium, trifft sich im Jugendtreff der Gemeinde und macht bei der Leiterrunde mit. **Franziska**, 17 Jahre, Gesamtschülerin, macht gerade Abitur, Messdienerin in der Gemeinde; **Rebekka**, 16 Jahre, Gesamtschülerin, Messdienerin in der Gemeinde; **Justus**, 13 Jahre, Gesamtschüler, Messdiener in der Gemeinde. *Rebekka, Franziska und Justus sind Geschwister.*

▶ Wie seht ihr eure Möglichkeiten, eure Interessen zu vertreten – in Schule, Kirche, Vereinen?

Franziska: In der Schule ist es über die SV möglich, die Interessen der Schüler*innen zu vertreten. Das funktioniert auch ganz gut, finde ich.

Rebekka: Ja, finde ich auch – da kann man auch Wünsche äußern.

Bjarne: Das Jugendparlament im Rathaus ist auch eine Möglichkeit. Das wird ja auch gewählt.

Rebekka: Da kriege ich nichts von mit, muss ich gestehen. Das passiert hinter Vorhängen.

Bjarne: Unser Schulhof wurde mit Hilfe des Jugendparlamentes erneuert. Da hat die SV auch mitgewirkt.

Und Corona?

Franziska: Im Moment ist das ja eh schwierig. Durch die Corona-Pandemie sind wir selten an der Schule und kriegen so auch nicht viel mit. Die Abschlussklassen sind im Moment zuhause, die Jüngeren gehen zur Schule.

Rebekka: Der Wechselunterricht verwirrt total, da wäre es besser, komplett in Distanzunterricht zu gehen. Die Schüler*innen akzeptieren da ganz viel, aber sie verpassen auch sehr viel. Außerdem ist der Tag im Homeschooling total eintönig.

Justus: Wir können nicht viel machen, das Lernen dauert ja auch nicht den ganzen Tag. Da fehlen schon die Freunde.

Bjarne: Auch, dass man nicht mal auf den Bolzplatz zum Fußballspielen darf, ist total unlogisch. Da wären unsere Meinungen sicher anders gewesen.

Rebekka: Die Politik vergisst auch die psychischen Folgen, wenn wir ein Jahr lang quasi isoliert vom Freundeskreis sind. Und dann auch noch viel Lernstoff verpassen. Ich weiß nicht, wie das aufzuholen ist. Mir fällt auch auf, dass man immer mehr träge wird und gar keine Lust mehr hat, sich zu irgendetwas aufzuraffen. Das geht vielen meiner Freund*innen auch so. Corona hemmt – auch einfach mal zu reden, das fehlt ja total.

Franziska: Die Impfung für junge Menschen ist gar nicht im Blick gewesen, dabei sind wir doch diejenigen, die später mal den Laden schmeißen müssen. Da werden uns schon einige Chancen genommen.

Rebekka: Klar gibt es auch Jugendinitiativen, die sich einbringen, aber Fridays for Future zum Beispiel ist jetzt nicht so mein Ding. Obwohl ich schon klar dafür bin, weniger Plastik zu verwenden und nicht so viel wegzuerwerfen. Da mach ich auch andere für sensibel.

Welche Wünsche habt ihr denn, was sind eure Themen?

Zunächst fällt den Jugendlichen da wohl nichts zu ein, aber nach kurzem Nachdenken.

Ein Freibad in Dorsten! Das Einkaufszentrum hat keine coolen Läden, kein Wunder, dass wir da nicht hingehen! Eine Cartbahn wäre toll! Oder eine Trampolinhalle! Bowlingbahn? Am blauen See könnten mal Tretboote sein! Ja, und am Kanal ein Strand, dass man sich aufhalten kann! Aber mit Bar für Getränke und Snacks! Eine Jugenddisco wäre auf dem Zechengelände Fürst Leopold gut! Und eine Festivalwiese – der Festplatz wird ja eh nicht genutzt!

Kennt ihr denn Politiker*innen?

Rebekka: Ja, Herr Laschet und Frau Merkel. Aber neue Gesichter wären auch mal gut. Und jüngere wie Frau Baerbock. Nur nicht die AfD. Das geht gar nicht. Warum gibt es die überhaupt noch?

Bjarne: Genau. Und unseren Bürgermeister Tobias Stockhoff. Der ist auch noch ziemlich jung.



Rebekka: Stimmt, den kennt man auch. Nicht nur aus der Zeitung, der ist auch irgendwie so präsent.

Franziska: Ich glaube, die ganzen Corona-Entscheidungen fielen auch so, weil Wahlkampf ist. Da sind die Themen doch eher unwichtig. Das mit der Klimakonferenz ist auch untergegangen.

Wie informiert ihr euch denn?

Bjarne: Über Zeitungen, Nachrichten im Radio und Fernsehen. Und über Internet und soziale Medien.

Rebekka: Die informativen Sendungen kommen alle viel zu spät – auch so Talk-Shows wie Lanz oder Anne Will. Außerdem sind die eigentlich auch voll langweilig.

Franziska: Da sind ja auch nie junge Leute.

Justus: In der Schule kriegen wir auch wenig Informationen.

Franziska: Politikunterricht haben wir an der Gesamtschule erst ab der 11. Klasse – auch nicht gut.

Bjarne: Am Gymnasium gibt es aber Politikunterricht. Und Sozialwissenschaften, da gibt es auch Informationen.

Rebekka: Es gibt überhaupt viel zu viel Wirtschaftsthemen – aber Geld regiert ja auch die Welt.

Würdet ihr gerne wählen dürfen?

Franziska: Ich hätte bei der Kommunalwahl schon wählen dürfen, habe es aber nicht gemacht.

Justus: Ich weiß nicht, mit 13 Jahren fühle ich mich da noch nicht genug informiert. Das ist zu früh. Vielleicht mit 16 Jahren?!

Rebekka: Ich brauche auf jeden Fall mehr Infos, wenn ich mich da jetzt konkret für eine Partei entscheiden sollte. Aber ab 16 Jahre wäre schon gut und richtig.

Bjarne: Dafür gibt es doch auch die Jugendorganisationen der Parteien – die müssten dann mehr aufklären.

Zur Frage, ob die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden sollen, sind sich alle einig: Auf jeden Fall! Alles andere wäre doch ungerecht. Kinderrechte sind genauso wichtig wie Erwachsenenrechte!

Vielen Dank für eure Bereitschaft, dieses Gespräch zu führen!

Die Jugendlichen wohnen in Dorsten und sind in der Katholischen Kirchengemeinde St. Paulus im Stadtteil Hervest engagiert. Pastoralreferent Kai Kaczikowski hat den Kontakt zu ihnen vermittelt. Vielen Dank dafür. ■

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Warum muss ich bis zur nächsten Wahl warten, wenn ich bereits jetzt etwas verändern kann? Auch meine junge Stimme ist ausschlaggebend!“

Anna, 17 Jahre, Quelle: Aufruf #wahlalterssenken, Deutscher Bundesjugendring

„Junge Menschen müssen an den Entscheidungen zur Bewältigung der Pandemie beteiligt werden!“

aus: Stimme für die Jugend, Landesjugendring NRW

■ ■ ■ ■ ■ THEMA

Unsere Jüngsten sind die Zukunft unserer Gesellschaft

Interview mit Christina Schulze Föcking MdL NRW

► **THEMA JUGEND: Inwieweit sind die Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, Bestandteil von Wahlprogrammen?**

Kinder und Jugendliche finden sich in jedem Wahlprogramm und in jedem Koalitionsvertrag wieder – Kita-Betreuung, Schule, Freizeitangebote, Familienbildung, Teilhabe. Unsere Jüngsten sind die Zukunft unserer Gesellschaft, deshalb muss die Gesellschaft – und natürlich auch die Politik – in besonderer Weise für sie sorgen. Eine Leerstelle blieb aber meist beim Kinderschutz: Dieser Bereich ist lange nicht ausreichend abgebildet worden. Wir haben das in Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode geändert und über das Wahlprogramm und den Koalitionsvertrag hinaus angepackt. Mit der Einrichtung der Kinderschutzkommission im Landtag haben wir dafür gesorgt, dass Kinder eine starke Stimme bekommen. Nach einem Jahr können wir sagen: Es hat sich gelohnt! Wir haben den Kinderschutz in Nord-

rhein-Westfalen nicht nur finanziell gestärkt, sondern uns auch intensiv mit den Strukturen des Schutzsystems auseinandergesetzt. Inzwischen denken wir kein Thema mehr, ohne auch den Kinderschutz mit einzubeziehen. Das halte ich persönlich für ganz zentral, denn nur so können wir Kinder und Jugendliche in allen Lebensbereichen stärken und schützen. Auch wenn uns der Bundesbeauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs bescheinigt hat, dass wir hier in NRW bereits „Avantgarde in Sachen Kinderschutz“ seien, geben wir uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Der Kinderschutz bleibt für die CDU-Landtagsfraktion und mich selbst ein Herzenthema und wir wissen: Wir werden bei diesem Engagement nie am Ende sein.

TJ: Was muss sich ändern, damit Kinder und Jugendliche mehr Teilhabe an Politik erfahren?

Kinder müssen vor allem gehört und ernst genommen werden. Die Einbindung vor allem junger Kinder ist nicht immer einfach,

da sie noch nicht für sich selbst sprechen können. Dennoch verdienen ihre Bedürfnisse eine starke Stimme in der Politik. Viele von uns Abgeordneten sind selbst Mütter oder Väter, die wissen, wie die Lebenswirklichkeit von Kindern und Familien in NRW aussieht. Das ist ein großer Vorteil, wenn es darum geht, bei Gesetzgebungsprozessen die Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht aus dem Blick zu verlieren. Doch mit der Kinderschutzkommission sind wir noch einen Schritt weitergegangen: Hier stehen die Kinder und Jugendlichen und ihr Wohl uneingeschränkt im Mittelpunkt.

Jugendliche sind schon einfacher einzubinden: Etwa mit dem Jugendlandtag und der Möglichkeit, die heimischen Abgeordneten im Landtag zu besuchen, haben wir tolle Instrumente, um direkt in den Austausch zu kommen. Ich biete beispielsweise Jugendlichen an, ein Praktikum bei mir im Landtag zu machen. Der Austausch ist insbesondere mir als Kinderschutz-Politikerin sehr wichtig. Gerade vor Ort in den Kommunen gibt es eine Vielzahl an Möglichkeiten, sich in die Politik auch als junger Mensch einzumischen. Viele Städte und Gemeinden in meiner Heimat haben inzwischen einen aktiven Jugendrat – ein gutes Beispiel für die direkte Einbindung junger Menschen in die Politik. Mit rund 2,6 Millionen Euro stellen wir für diese Gremien auch im Jahr 2021 als Land umfangreiche Mittel zur Verfügung. Gleichzeitig fördern wir die Landesjugendverbände strukturell, damit diese engagiert die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertreten können.

Sie sehen: Das Spektrum der Möglichkeiten ist breit. Aus diesen gilt es, vor Ort das Beste zu machen. Auch wir Abgeordneten müssen hier aufmerksam sein, auf Kinder und Jugendliche zugehen und sie für Politik begeistern. Aus meiner Erfahrung heraus kann ich jeden dazu nur ermuntern, in der Regel bekommt man sehr viel von den Kindern und Jugendlichen mit auf den Weg.

TJ: Die Einschränkungen, die durch die Corona-Pandemie erfolgten und immer noch erfolgen, haben Kinder und Jugendliche in besonderem Maß getroffen. Gleichzeitig wurden sie jedoch kaum angehört. Woran liegt das?

Wir hören die Kinder und Jugendlichen durchaus. Uns zeigen Umfragen, wie die des ehemaligen Landesschülersprechers von Berlin, Miguel Góngora, oder die neue JIM-Studie, wie die Kinder und Jugendlichen unter den Einschränkungen leiden. Deshalb war es für uns hier in Nordrhein-Westfalen auch keine Frage, dass der erste Öffnungsschritt im Lockdown in den Kitas und Schulen erfolgen muss. Kinder und Jugendliche dauerhaft im Homeschooling zu unterrichten und allein neben dem Beruf zu Hause zu betreuen, geht allen an die Substanz. Wir wissen, dass der digitale Unterricht im Kinderzimmer zu Bildungsungerechtigkeit führt. Zudem finden nicht alle Kinder überall das unterstützende und liebevolle Zuhause vor, das sie verdient haben und brauchen. Daher ist die Präsenz in Kitas und Schulen und der soziale Kontakt der Kinder untereinander essenziell. Diesen Standpunkt haben wir konsequent aus NRW in die bundesdeutsche Diskussion getragen. Das halte ich für richtig und wichtig.

Aber natürlich gehen die Bedürfnisse der jungen Menschen weit über Betreuung und Bildung hinaus. Ein Jahr ist ein unfassbar langer Zeitraum, und sind wir mal ehrlich: auch Sport, bei den Kleinen gemeinsames Spielen, bei den Großen zusammen „Abhängen“, Partys ... All das gehört zu einer normalen sozialen Entwicklung dazu. Daher freut es mich, dass der erste Impfstoff auch für die Jüngeren bereits angekündigt wird. Das ist ein Lichtblick, weil nur eine Immunisierung geschützten, unbeschwertem Kontakt garantiert.

Ich bin selbst Mutter und erlebe täglich zu Hause, wie sich die Maßnahmen auf unsere Kinder auswirken. Dennoch sind die Maßnahmen zum Infektionsschutz notwendig, um der Pandemie die Geschwindigkeit zu nehmen. Wir werden insbesondere die letzten schweren Monate dann aufarbeiten, gemeinsam nach vorn schauen und auch unsere Lehren ziehen, um eventuelle ähnliche Situationen in der Zukunft möglichst gut, vielleicht sogar besser zu bewältigen.

TJ: Wir als Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz unterstützen die Jugendverbände – wie BDJ und BJR – darin, sich für Partizipation stark zu machen und Langzeitfolgen aus der Corona-Krise im Blick zu halten. Machen die Parteien das auch?

Klar! Auf der einen Seite unterstützen wir hier in NRW zum Beispiel die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit des BDJ über den Kinder- und Jugendförderplan Nordrhein-Westfalen (KJP NRW) mit öffentlichen Zuschüssen. Auf der anderen Seite kommen wir aber auch immer wieder mit den Jugendverbänden in den Austausch. Das Format „Landtag.Live“ ist ein gutes Beispiel dafür: In einer Praxiswoche können Jugendliche der Kolpingjugend hier im Landtag in den Politikbetrieb hineinschnuppern. Gut in Erinnerung - und ich freue mich jedes Jahr sehr darauf - sind mir persönlich Aktionen wie die Veranstaltung „Miteinander am Lagerfeuer“ auf der Wiese vor dem Landtag und die 72-Stunden-Aktion.

Dieser Dialog ist wichtig und wird es in der Zukunft insbesondere sein, um den Fokus auf die gemeinsame Benennung und Bewältigung der Corona-Langzeitfolgen zu legen. Wir haben als Fraktion bereits ein digitales Werkstattgespräch mit Experten zum Thema Einsamkeit in der Pandemie veranstaltet, bei dem die jungen Menschen eine ganz besondere Rolle gespielt haben. Wir müssen schauen, wie sich diese Erfahrung von Einsamkeit in einem sehr prägenden Alter auf Kinder und Jugendliche langfristig auswirkt. Hinzu kommen Bildungslücken, Integrationsprobleme, aber auch etwa Defizite beim Schwimmenlernen – wir nehmen eine Menge Aufgaben mit aus dieser Krise.

TJ: Als Mitglied und Sprecherin der Kinderschutzkommission NRW sind Ihnen die Anliegen von Kindern und Jugendlichen in besonderem Maß wichtig. Wie setzt sich die Kinderschutzkommission für mehr Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ein?

Mir persönlich war es erst einmal ganz wichtig zu sagen: Wir schauen uns das gesamte System des Kinderschutzes mit dem Kind im Mittelpunkt an. Wir haben dabei von verschiedenen Kinderschützern gehört, dass ein Kind sich mehrfach an Erwachse-



ne wenden muss, um in Fällen von sexualisierter Gewalt Hilfe zu erhalten. Im Durchschnitt acht Mal, um genau zu sein. Das kann und darf nicht sein. Wir müssen alle Akteure dafür sensibilisieren, Kindern wirklich zuzuhören und sie ernst zu nehmen.

Gleichzeitig müssen wir zum Beispiel im Bereich Justiz dafür sorgen, dass ein kindgerechter Zugang möglich ist. Wir müssen vom Kind her denken und immer abwägen, was dem einzelnen Kind hilft und wie der Strafverfolgungsanspruch des Staates dazu passt. Die Einbindung der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Eltern wird zudem bei der flächendeckenden Einführung von Schutzkonzepten und für die Entwicklung kindgerechter Prävention eine große Rolle spielen. Wenn es etwa um den Schutz junger Nutzer*innen im Internet geht, wollen wir nicht mit pauschalen Verboten und viel Überwachung agieren, sondern einen Dialog zwischen Fachkräften, Polizei, Eltern und eben den Kindern entfachen, um zu ergründen: Was braucht ihr, damit ihr stark seid gegen die Gefahren, die online lauern? All das sind wichtige Bausteine eines gesellschaftlichen Systems, das Teilhabe junger Menschen nicht nur ermöglicht, sondern ins Zentrum rückt.

TJ: Vielen Dank für das Gespräch! ■



Christina Schulze Föcking ist Politikerin und seit 2010 Mitglied des NRW Landtags. Außerdem ist sie Sprecherin für die CDU in der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderschutzkommission)

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Ich habe kaum noch etwas Anderes im Leben als Schule. Ich habe viele Freundinnen und Freunde verloren. Mein soziales Leben ist nicht mehr vorhanden. Ich kann mich kaum noch sozial engagieren.“

Junge*r Münchner*in in der Jugendbefragung 2020, „Was hat sich in deinem Leben mit Corona zum Schlechteren verändert?“

„Mein Nebenjob ist weggefallen. Keiner ist dafür eingesprungen. Ich brauchte den, um mein Leben finanzieren zu können. Nun bin ich als 22-Jähriger verschuldet.“

Junge*r Münchner*in in der Jugendbefragung 2020, „Was hat sich in deinem Leben mit Corona zum Schlechteren verändert?“

■ ■ ■ ■ ■ THEMA

Rebecca Arbter

Demokratie-Profis in Ausbildung!

Politische Bildung von Anfang an: Praxis erproben, Partizipation fördern, Demokratie stärken

▶ Kinder sind politische Subjekte und haben das Recht und die Fähigkeiten, sich mit politischen Themen zu befassen, ihr Wissen zu erweitern und in politische Prozesse eingebunden zu werden. Das Angebot der *non-formalen politischen Bildung* für die Zielgruppe „Kinder im Grundschulalter“ ist aber bisher gering. Das Modellprojekt „Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern“ begegnet diesem Bedarf, indem es Angebote erprobt und Fortbildungen anbietet.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist unumgänglich

Zur Zielgruppenerreichung im Feld der non-formalen politischen Jugendbildung gibt es keine repräsentativen Zahlen; aus den vorliegenden Statistiken einzelner Träger lässt sich aber ableiten, dass Kinder als Zielgruppe eine geringe Rolle spielen.¹ Auch haben unterschiedliche Publikationen, zuletzt der 16. Kinder- und Jugendbericht, darauf verwiesen, dass Kinder im Grundschulalter eine wenig berücksichtigte Zielgruppe der politischen Bildung sind.²

Dies steht im Kontrast zum Auftrag, den die Träger der non-formalen außerschulischen politischen Jugendbildung durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz haben. Demnach sollen sie alle jungen Menschen und somit auch Kinder in ihrer Entwicklung fördern.³ Im Rahmen von Angeboten der politischen Bildung bedeutet diese Förderung unter anderem, dass Kinder und Jugendliche in ihrer gesellschaftspolitischen Analyse-, Urteils- und Handlungsfähigkeit gestärkt und dadurch zu politischer Teilhabe und Partizipation befähigt werden.

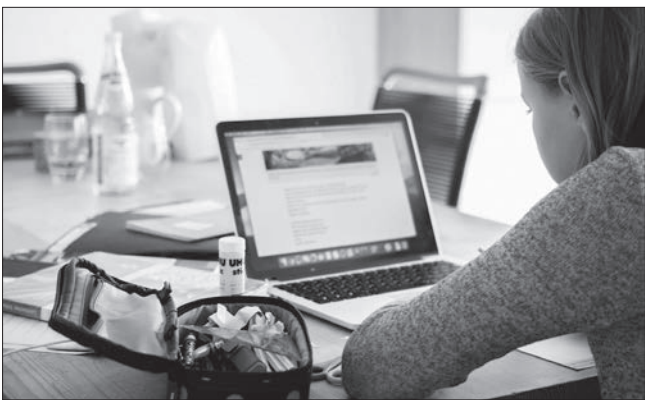
Demokratie leben!

Neben dem gesetzlichen Auftrag gibt es aber viele weitere Argumente, sich dem Thema politische Bildung für Kinder anzunehmen. Erhebungen zeigen, dass – entgegen oft geäußerter Vorbehalte – auch Kinder bereits in der Lage sind, sich mit politischen Themen zu befassen und durchaus auch Interesse an diesen Themen haben. „Fridays for Future“ hat dies ganz praktisch verdeutlicht. Zwar haben Kinder im Grundschulalter noch kein umfassendes Verständnis von gesellschaftspolitischen Themen und

Institutionen, aber sie machen in ihrem Alltag Erfahrungen mit gesellschaftlichen und politischen Themen. Beispielsweise, wenn ein Kind neu in die Klasse kommt, nur wenig Deutsch spricht, weil seine oder ihre Familie noch nicht lange in Deutschland lebt; wenn die eigene Familie aufgrund der finanziellen Situation nie in den Urlaub fahren kann oder wenn „Fridays for Future“ zur Demonstration aufrufen. Es lässt sich bei Kindern ein „(Vor)verständnis“ zu vielen gesellschaftspolitischen Themen, wie hier zu Flucht und Migration, sozialer Ungleichheit, Klimaschutz und Protestformen, vorfinden, an das sich in geeigneter Weise anknüpfen lässt.⁴

Auch aus Perspektive der Kinderrechte ist das Einbeziehen und Ermöglichen von Bildung und Beteiligung unumgänglich. In den Artikeln 12 und 13 sowie 28 und 29 der UN-Kinderrechtskonvention ist klar verbrieft, dass Kinder zu all ihren Belangen beteiligt werden müssen. Dies nicht nur, indem sie an formellen Verfahren teilhaben, sondern indem sie Zugänge zu Menschenrechtsbildung und die Möglichkeit erhalten, in ihrer Alltagswelt und an ihren Sozialisations- und Bildungsorten bei Themen mitzureden und mitzugestalten.⁵ Politische Bildung mit Kindern kann demnach zur Verwirklichung dieser Rechte beitragen.

Ein Ziel von politischer Bildung ist es immer auch, demokratische Grundwerte wie u. a. Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Menschenrechte zu vermitteln und hierdurch demokratiestärkend zu wirken. Besonders in Zeiten, in denen eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung und Akzeptanz rechter Positionen zu beobachten ist, braucht es Angebote, die demokratischen Wer-



te und eine Resilienz dieser zu fördern. Hiermit kann nicht früh genug begonnen werden; und auch deswegen braucht es politische Bildung von Anfang an!

Wie Angebote der politischen Bildung für und mit Kindern im Konkreten aussehen können, wie diese gelingen und welche Rahmenbedingungen hierfür wichtig sind, erprobt der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)⁶ in seinem Modellprojekt „Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern“. Das Projekt wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb gefördert. In seiner fünfjährigen Laufzeit (2020–2024) geht das Projekt der Frage nach, welche Formate, Angebote und Methoden, in welchen Sozialräumen und unter Beteiligung welcher Kooperationspartner*innen am besten geeignet sind, um gelungene Angebote der non-formalen politischen Bildung für Kinder umzusetzen. Dies geschieht orientiert an drei Kernzielen:

Erstens werden Formate der politischen Bildung mit Kindern im Grundschulalter entwickelt und erprobt. Diese orientieren sich an den jeweiligen Bedarfen vor Ort und den bestehenden Praxis-



erfahrungen. Diese Erprobungen von Formaten erfolgt in Kooperation mit sieben bundesweit ausgewählten Pilotstandorten, die jeweils Mitglieder im AdB sind.⁷

Zweitens zielt das Projekt auf die Erweiterung der Kompetenzen von Bildungspraktiker*innen zum Thema politische Bildung mit Kindern im Grundschulalter ab. Dies geschieht durch die Umsetzung von Fortbildungsangebote für Bildungspraktiker*innen in der formalen und non-formalen politischen Bildung zu erhobenen Bedarfen (bspw. rassismuskritischer Bildung mit Kindern). Neben inhaltlichen Angeboten werden auch praxisorientierte Fortbildungen, die sich Methoden und Rahmenbedingungen für die Arbeit mit Kindern widmen, angeboten.

Drittens fokussiert das Projekt auf die fachliche Weiterentwicklung im Feld der politischen Bildung und eine Erweiterung der Zielgruppen politischer Bildungsarbeit. Die Pilotstandorte im Projekt werden durch eine wissenschaftliche Begleitung evaluiert, die zum Ziel hat zu erheben, welche umgesetzten Angebote und Methoden von den Fachkräften, Kooperationspartner*innen und von den teilnehmenden Kindern als gelungen bewertet werden. Erste Ergebnisse aus der Begleitung können voraussichtlich ab 2023 diskutiert werden. Darüber hinaus begleitet ein fachlicher Beirat das Projekt mit einer multi-professionellen Expertise. Zusammen mit weiteren Bausteinen wie Publikationen und Vernetzung will das Projekt so zur nachhaltigen Verankerung der Zielgruppe Kinder im Grundschulalter in der außerschulischen non-formalen Bildung beitragen.

An Pilotstandorten werden Angebote umgesetzt

Die o. g. Pilotstandorte im Projekt setzen mit unterschiedlichen Methoden und Kooperationspartner*innen zu unterschiedlichen Themen Angebote der politischen Bildung mit Kindern um. Die thematische Schwerpunktsetzung und die lokalen Kooperationsverbünde sind dabei vielfältig, wie die folgenden drei Beispiele zeigen.

1. Die Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V. (HÖB)⁸ setzt an ihrem Standort „Achtung KinderKlima! – Kinder gestalten Demokratie in Papenburg“ neue und innovative Ansätze zur Förderung der demokratischen Kompetenzen von Kindern um. In Kooperation mit lokalen Grundschulen und der Kommune zielen die Angebote der HÖB darauf, dass die teilnehmenden Kinder sich ihrer politischen Mitbestimmungsrechte bewusst werden und Möglichkeiten der Beteiligung und Mitbestimmung wie z. B. Kinderräte und Kinderparlamente kennenlernen und ausprobieren. Durch unterschiedliche Erfahrungen mit partizipativen Elementen erwerben sie Kompetenzen zum demokratischen Handeln. Ausgehend von dem Grundverständnis, dass Kinder Expert*innen ihrer Lebenswelt sind, werden diese so ermutigt und qualifiziert, sich in Schule und Kommune zu beteiligen.
2. Am Pilotstandort in der Jugendbildungsstätte Freizeitwerk Welper in Hattingen⁹, NRW, wird das Projekt „Wir machen das! – Demokratiebildung für Kinder im Grundschulalter“ um-

gesetzt. Maßgeblich geht es hier, neben der Arbeit mit den Kindern, auch darum, defizitorientiertes Denken von Erwachsenen in Bezug auf Kinder abzubauen. Hierzu arbeitet die Jugendbildungsstätte sowohl mit lokalen Grundschulen als auch mit einem Jugendverband und Pfadfinder*innengruppen zusammen. Ein Schwerpunkt liegt auf der Sensibilisierung von Kindern für Entscheidungsprozesse in der Erwachsenenwelt und ihrem Recht auf Beteiligung. Hieran anknüpfend findet die Auseinandersetzung mit Themen wie Vielfalt und Kinder- und Menschenrechten statt.

3. Der Träger Teilseind e.V., Muslimische Akademie Heidelberg i. G.¹⁰ setzt als Pilotstandort unter dem Titel „Gemeinsam sind wir stark! – Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für weltanschauliche und religiöse Vielfalt“ Ferienangebote für Kinder um. In spielerisch angelegten Formaten und bei Exkursionen im Stadtraum kommen Kinder implizit mit Themen der politischen Bildung (Gerechtigkeit, soziale Ungleichheit, religiöse Vielfalt, Empowerment, Gendergerechtigkeit und Diversity) in Berührung. Gemeinsam werden diese Erfahrungen reflektiert, auf die Lebenswelt der Kinder rückbezogen und in kreativen Ergebnissen verarbeitet. An der Kooperation beteiligen sich verschiedene religiöse Gemeinden (christlich, jüdische, muslimische) sowie die Stadt Heidelberg. Das Ferienangebot wurde im vergangenen Jahr mit dem ersten Preis des Heidelberger Präventionspreises ausgezeichnet.

Die Corona-Pandemie hat die Erprobungen an den Pilotstandorten und auch die Fortbildungsangebote im Projekt zunächst ausgebremst, daher lassen sich auch noch keine Ergebnisse in Hinblick auf Gelingensbedingungen o. ä. präsentieren. Aktuell ist noch nicht absehbar, wann eine Rückkehr zu Präsenzangeboten möglich sein wird. Alle Beteiligten im Projekt haben die Zeit für die Weiterarbeit an Konzepten und für Fortbildungen im Team genutzt. Vereinzelt konnten auch Angebote mit Grundschulklassen, die sich ohnehin täglich im Schulbetrieb begegnen, umgesetzt werden. Eine Verlagerung in den digitalen Raum hat sich mit Kindern im Grundschulalter als nur eingeschränkt sinnvoll erwiesen. Zum einen sitzen viele Kinder aktuell für Online-Unterricht ohnehin verpflichtend vor Bildschirmen, sodass eine Motivation zur Teilnahme an zusätzlichen Online-Angeboten verständlicherweise häufig nicht vorhanden ist. Zum anderen sind die allermeisten Angebote der politischen Bildung und Partizipation für Kinder als Präsenzveranstaltungen konzipiert, da diese maßgeblich von Begegnung, Austausch sowie Erfahrungen in einer Gruppe leben und viele Methoden nicht einfach in den digitalen Raum übertragbar sind. Wir hoffen, im Projekt nach den Sommerferien 2021 wieder umfangreicher mit Angeboten für Kinder beginnen und unsere Erprobungen von mehr politischer Bildung von Anfang an fortsetzen zu können. ■

Anmerkungen

- 1 Vgl. AdB 2019, S. 15.
- 2 Vgl. BMFSFJ, 2020a, S. 340.
- 3 Im SGBVIII §11.1 heißt es: „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“ (BMFSFJ 2020b S. 79).
- 4 Abendschön/Vollmar 2007, S. 221.
- 5 Vgl. UNICEF.
- 6 Der AdB ist ein bundesweiter Fachverband der non-formalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Zu den Mitgliedern zählen Träger mit und ohne eigenes

Übernachtungshaus wie bspw. Bildungsstätten, Akademien, Europahäuser, internationale Begegnungsstätten aber auch politische Stiftungen. Sie repräsentieren ein breites Spektrum unterschiedlicher Angebots- und Organisationsformen, Inhalten und methodischen Ansätze und schaffen Orte und Räume für politische Bildung im lokalen Sozialraum. Mehr Informationen unter: www.adb.de.

- 7 Detaillierte Beschreibungen der einzelnen Pilotstandorte sind auf der Projektwebsite unter: <https://demokratie-profis.adb.de/pilotstandorte> zu finden.
- 8 Mehr Informationen zum Träger unter: <https://www.hoeb.de/>.
- 9 Mehr Informationen zum Träger unter: <https://freizeitwerk-welper.de/>.
- 10 Mehr Informationen zum Träger unter: <http://www.teilseind.de/>.

Literatur

Abendschön, Simone/Vollmar, Meike: Kinder, Politik und die Zukunft der Demokratie: Können Kinder „Demokratie leben lernen“? In: Deth, Jan W. van/Abendschön, Simone/Rathke, Julia/Vollmar, Meike (Hrsg.): Kinder und Politik. Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr. Wiesbaden 2007, S. 205–223.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten: Jahresbericht 2018: Politische Bildung mit Haltung. Berlin 2018. Abrufbar unter: www.adb.de/download/publikationen/JB_AdB_Web_Version_28_08_19.pdf (Stand 29.03.2021).

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin 2020a.

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Kinder- und Jugendhilfe. Aechtes Buch Sozialgesetzbuch. Berlin 2020b. Abrufbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94106/40b8c4734ba05dad4639ca34908ca367/kinder-und-jugendhilfegesetz-sgb-viii-data.pdf> (Stand: 23.04.2021).

UNICEF: Die UN-Kinderrechtskonvention Regelwerk zum Schutz der Kinder weltweit. Abrufbar unter: <https://www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/un-kinderrechtskonvention> (Stand: 24.04.2021).



Rebecca Arbter hat Soziologie, Politikwissenschaft und soziokulturelle Studien in Hamburg, Amsterdam und Frankfurt/Oder studiert. Seit 2017 ist sie für den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB) tätig und leitet das Projekt „Demokratie-Profis in Ausbildung/ Politische Bildung mit Kindern“.

■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Ist irgendwie schon lustig: Wenn Kinder jetzt von diesem Recht Gebrauch machen und für den Klimaschutz demonstrieren, heißt es immer nur wir sollen in der Schule bleiben.“

Gastkommentar auf www.seitenstark.de zum Thema „Kinderrechte“, Artikel 15: Demonstrieren

„Corona hat uns ganz schön ausgeknockt. Wir Jugendlichen hatten kaum Möglichkeiten, uns zu äußern, weil ja sowohl Schule als auch Vereinsleben quasi nicht stattfand!“

Marie, 19 Jahre aus Münster

„Ich finde es gut, dass Kinder Rechte haben. Es ist wichtig, dass wir auch mitsprechen über Wichtiges.“

Gastkommentar auf www.seitenstark.de zum Thema „Kinderrechte“

„Ich bin mir nicht sicher, ob ich wirklich schon wählen möchte. Dazu fühle ich mich nicht fit genug in Sachen Politik.“

Jerome, 14 Jahre aus Münster

Christiane Toyka-Seid

Sich eine eigene Meinung bilden

HanisauLand.de – die Internetseite für Kinder, die Politik verstehen möchten



Kinder nutzen das Netz. Sie suchen nach Informationen und wollen die Welt, auch die Welt der Politik, verstehen. Die politische Bildung reagiert darauf. Seit 2002 gibt es die kostenlose und werbefreie Kinderinternetseite www.hanisauLand.de der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Idee war und ist es bis heute, Kindern zwischen 8 und 14 Jahren Lust auf Politik zu machen. Die Kinder sollen erkennen, dass Politik auch für sie Relevanz hat und dass auch ihre Anliegen politisch relevant sind. Deshalb ist es nicht mehr als fair und notwendig, dass die Kinder Politik verstehen lernen, dass sie die Regeln kennenlernen, die in der Politik Geltung haben.

► Am Beginn von www.hanisauLand.de stand ein Comic, dessen Protagonist*innen auch die Namensgeber der Seite sind: Hasen (Ha), Nilpferde (Ni) und Wildsau (Sau). Die Tiere gründeten gemeinsam das Land HanisauLand. In HanisauLand werden bis heute politische Themen mit Humor, aber auch mit dem Willen zur Bewusstseinschärfung der jungen Nutzer*innen behandelt. Dies geschieht grundsätzlich aus der Perspektive von Tieren. Miteinander diskutieren Hasen, Nilpferde und Wildschweine grundsätzliche Fragen zur Demokratie, zum politischen Prozess oder zum Miteinander in einem pluralistischen Staat und zeigen dabei nur wenig Respekt für etablierte politische Verfahren und Handlungsmuster. Das Themenspektrum des Comics ist groß – demokratische Regeln und die Höhe des Taschengelds, der Klimaschutz und das Baurecht, Schulpflicht, Jugendschutz und Kindergeld gehören neben vielen anderen dazu.

Wissen vermitteln und zu politischem Fragen ermutigen

Kinder haben viele Fragen. Ständig kommen neue dazu. Kinder sind neugierig und wollen die Welt verstehen. Dafür gibt es auf www.hanisauLand.de das ständig im Wachsen begriffene „Junge Politiklexikon“. Mehr als 900 Stichworte zu den verschiedenen Begriffen der Politik werden im „großen“ Lexikon kindgerecht und verständlich erklärt. Ergänzend gibt es für viele Begriffe eine „kurz & knapp“-Version, die das „kleine“ Lexikon bilden. Wann immer erforderlich, werden die Internet-Einträge aktualisiert und auf den neuesten Stand gebracht. Nahezu 100 Begriffe finden sich auch in arabischer Übersetzung. Zum Lexikon gehört die Möglichkeit, Nachfragen zu den erklärten Begriffen zu stellen. Eine erfahrene Redaktion gibt individuelle Antworten.

Die Kinder und Jugendlichen können selbst Vorschläge für weitere Begriffe machen, die sie gerne erklärt bekommen möchten. Zusätzlich gibt es ein Portal, auf dem Kinder Kommentare schreiben und Fragen stellen können. Die Fragen betreffen den klassischen schulischen Kanon, aber auch Alltagserfahrungen der Kinder oder die „großen“ Fragen nach dem Sinn des Lebens erreichen jeden Tag die Redaktion. Ergänzt wird das Wissensangebot des Lexikons durch einen ebenfalls ständig erweiterten Tageskalender, der mit kindgerechten Texten und Fotos bedeutende



Persönlichkeiten, nationale und internationale Gedenktage und besondere Ereignisse vorstellt. Sogenannte „Spezials“ bieten vertiefende Informationen an. Mobbing und die deutsche Einheit, gesunde Ernährung und die EU sind einige Themenfelder, die in kindgerechter Form aufbereitet sind. In dem seit dem April 2020 vorhandenen Corona-Spezial spielt neben der Aufklärung über das Virus und seine Folgen der politische Umgang mit der Pandemie eine große Rolle.

Viele Angebote von www.hanisauLand.de werden auch im Schulunterricht genutzt. Für Lehrkräfte gibt es ein eigenes Portal mit Unterrichtsmaterialien, die ergänzend zu den Info-Angeboten entwickelt werden.

Brauchen Kinder Mut, um fit für die Demokratie zu werden?

Ja, auch Kinder müssen lernen die Anstrengungen auszuhalten, die Meinungsfreiheit und Debatten mit sich bringen: das heißt Spannungen ertragen und akzeptieren, dass es keine absolute Wahrheit gibt. Kinder sollen aber in der politischen Bildung auch die Erfahrung machen, dass es eine Fehlerkultur braucht: Man darf sich irren! In der Bildungsarbeit möchten wir Kinder dazu ermutigen, auch in kritischen Auseinandersetzungen weiter zu diskutieren und auch nach Kompromissen zu suchen.

Sich eine eigene Meinung bilden

Kinder wollen ernst genommen werden. Sie wollen ihre Meinung sagen und gehört werden. HanisauLand bietet Möglichkeiten zur Partizipation. „Deine Meinung“ ist ein Format, bei dem die Nutzer*innen sich zu konkreten Fragestellungen äußern können. Sie werden mit Argumenten vertraut gemacht und werden ermuntert, selbst Stellung zu beziehen: Wie stehst du dazu, dass man erst mit 18 Jahren den Bundestag wählen darf? Sollte das Wahlalter herabgesetzt werden oder sollten vielleicht die Eltern für jedes ihrer Kinder ein Stimmrecht erhalten? Und sollte es erlaubt sein, Handys in der Schule zu nutzen? Diese und andere Fragen laden zum Nachdenken und zur Abwägung von Argumenten ein.

Das Interesse der Kinder ist generell breit gefächert. Ihr Alltag, das Schicksal anderer Kinder hier bei uns, aber auch in fernen und häufig armen Ländern, beschäftigt sie. Sie fragen nach Kinderrechten, nach Gerechtigkeit und Menschenwürde. Sie wollen verstehen, wie es um den Klimaschutz steht und wieso uns Corona ereilt hat.

Politik mit Spaß erleben

Immer wieder machen wir die Erfahrung, dass viele Nutzer*innen – nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch ältere Besucher*innen – Interesse an Politik haben, dass aber auch Interesse geweckt werden kann, wenn es gelingt, Alltagsrelevanz herzustellen.

Politik soll auf unserer Seite aber nicht nur vermittelt werden. Auch Spaß und Humor tragen dazu bei, Kindern politische Themen „schmackhaft“ zu machen. Deswegen gibt es auf www.hanisauLand.de auch Spiele, die von „leicht“ bis „knifflig“, vom politischen Memo-Spielen und Wissensquizen bis zu Geschicklichkeits- und Schnelligkeitsspielen reichen. Großer Beliebtheit erfreut sich der Trixomat, mit dem Kinder kleine und große Trickfilme am Computer selbst herstellen. Dabei können sie selbst gemachte Figuren, eigene Fotos oder Figuren in kleinen Filmchen zum Laufen bringen.

Wie kann politische Bildung mit Kindern und für Kinder gelingen?

Mit einem unterstützenden Umfeld! Je mehr Gelegenheiten Kinder haben, gute Mut-Erfahrungen in kontroversen Diskussionen zu machen und ihre eigenen Ansichten einbringen können, umso besser. Dazu brauchen sie Eltern und andere Erwachsene, die unterschiedliche Sichtweisen mit ihnen diskutieren und zudem eine eigene Position beziehen. Kinder brauchen Vorbilder in einer Kultur der Auseinandersetzung.

Vertrauen und Sicherheit

Auf www.hanisauLand.de bewegen sich Kinder und Jugendliche in einer sicheren Umgebung. Jegliche Kommunikation ist vormodertiert. Die Redaktion prüft sämtliche Beiträge, bevor sie online gehen. Oftmals wenden Kinder sich an HanisauLand auch wenn sie Probleme mit anderen Kindern, mit Eltern oder in der Schule haben und Unterstützung suchen. Verwiesen wird dann zumeist auf bewährte Hilfsangebote wie die „Nummer gegen Kummer“.

Ein wichtiger Aspekt der Lernangebote ist die Medienerziehung. Dazu gehören verlässliche Informationen über die Medien. Dazu gehören aber auch Hinweise zum verantwortungsvollen Um-

gang mit diesen Medien. Eine der vielen Angebote sind die „10 Internettipps für dich“, entlang derer ein achtsamer Umgang mit dem Internet eingeübt werden kann.

Groß geschrieben wird zudem der Datenschutz. Persönliche Daten werden auf www.hanisauLand.de nie abgefragt. Die „Datenschutz-Tipps für dich“ zeigen in Anknüpfung an die Alltagswelt der Kinder, wieso der Schutz persönlicher Daten wichtig ist und was jeder und jede Einzelne selbst tun kann, um die eigenen Daten zu schützen.

App

Eine Ergänzung der Internetseite www.HanisauLand.de ist die interaktive App, über die viele Angebote aus dem HanisauLand auch offline genutzt werden können. Die kostenlose und werbefreie HanisauLand-App gibt es für Smartphones und Tablets mit Android- und iOS-Betriebssystemen. Sie kann im iTunes App Store und im Google Play Store heruntergeladen werden.

Aktuelle Angebote zur Bundestagswahl

Regelmäßig stattfindende Wahlen sind wesentlicher Bestandteil unseres demokratischen Systems. So ist es selbstverständlich, dass das Thema auch einen festen Platz in den Angeboten von HanisauLand einnimmt. Eine Fülle an bewährten Angeboten ist über die Bundeszentrale für politische Bildung abrufbar, so z. B. das Plakat „Wie werde ich Bundeskanzler*in?“ oder aus der Reihe „Jetzt versteh ich das!“ die Ausgabe „Bundestagswahlen“. Topaktuell ist das neue Spezial „Bundestagswahlen 2021“. Weitere spielerische Angebote, die Lust darauf machen, sich auf die Wahlen einzulassen, stehen kurz vor der Fertigstellung. ■



*Christiane Toyka-Seid ist Redakteurin der Seite www.hanisauLand.de und Autorin des Jungen Politik-Lexikons von HanisauLand sowie zahlreicher anderer Veröffentlichungen von HanisauLand. Unter anderem: *Religionen und miteinander leben in Deutschland – jetzt versteh ich das* (Arbeitsheft für Schüler*innen der Klassen 3-7 sowie Begleitheft für Lehrkräfte).*

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Bei der Kommunalwahl wählen zu dürfen war von großer Bedeutung für mich, da ich fähig sein möchte, unsere Zukunft mitgestalten zu können, da die politischen Entscheidungen vor allem in der aktuellen Situation auch mich direkt betreffen. Auch auf Bundesebene wählen zu dürfen wäre ein Zugeständnis an uns jüngere Generationen.“

Isabell, 17 Jahre, Quelle: Aufruf #wahlalterssenken, Deutscher Bundesjugendring

Sabine Ader

Blitzlicht

zu: Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (KJSG) vom Bundesrat

Der Bundesrat hat am 07.05.2021 dem Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) und damit einem langen Reformprozess zum SGB VIII (Sozialgesetzbuch) zugestimmt. Der weit überwiegende Teil des Gesetzes wird nach Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt vermutlich noch im Mai 2021 in Kraft treten. Ausgenommen davon sind die Stufe 2 und 3 des Inklusionskonzeptes, für die ein größerer Zeitrahmen der Umsetzung anberaunt ist. Das SGB VIII erhält mit dieser Reform zehn substanziiell neue Paragraphen sowie eine Reihe weiterer, weniger umfangreicher Veränderungen. Im Schwerpunkt zeigen sich fünf größere Bereiche der Veränderung und Weiterentwicklung:

- Besserer Kinder- und Jugendschutz
- Stärkung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien und Einrichtungen der Erziehungshilfe
- Hilfen aus einer Hand für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen
- Mehr Prävention vor Ort
- Mehr Beteiligung jungen Menschen, Eltern und Familien

Ziel des Gesetzes ist es, mit einer modernen Kinder- und Jugendhilfe vor allem diejenigen Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen zu stärken, die besonderen Unterstützungsbedarf haben. Dabei stehen vor allem junge Menschen im Blickpunkt, die benachteiligt sind, unter belastenden Lebensbedingungen aufwachsen oder ein erhöhtes Risiko haben, von sozialer Teilhabe abgeschnitten zu werden.

Eine große, mit dem Gesetz verbundenen Chance und Anforderung liegt in der Weiterentwicklung hin zu einer **inklusiven Kinder- und Jugendhilfe**, die in drei Stufen bis 2028 sukzessiv umgesetzt werden soll. Den gesetzlichen Hintergrund dafür bilden die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Für die Kinder- und Jugendhilfe bedeutet dies konkret die zukünftige formale Zuständigkeit für alle Kinder und Jugendlichen, also auch für junge Menschen mit Behinderungen.

Im Kontext des Schwerpunktes der vorliegenden **THEMA JUGEND** sind zudem insbesondere die **Veränderungen hinsichtlich der Beteiligung von jungen Menschen** (sowie auch Eltern und Familien) hervorzuheben. Die verschiedenen Neuregelungen beziehen sich auf

- die Stärkung der Selbstbestimmung junger Menschen,
- die Stärkung von Kindern, Jugendlichen und Eltern bei der Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung, bei der konkreten individuellen Hilfeplanung und bei der Inobhutnahme
- sowie auf die Stärkung von Beschwerdemöglichkeiten und Selbstvertretungen.

Durch all diese Bereiche zieht sich in den konkreten Gesetzesformulierungen der fachliche Anspruch, die Subjektstellung der Adressat*innen zu stärken und Information, Beratung und Beteiligung in für sie „verständlicher, nachvollziehbarer und wahrnehmbarer Form“ zu gewährleisten, so wörtlich an verschiedenen Stellen des Gesetzes (z. B. im Recht auf Beratung, § 10a SGB VIII).

Hervorgehoben werden soll hier jedoch der Blick auf die Selbstbestimmung von Mädchen und Jungen, jungen Frauen und Männern. Darüber hinaus ist die zwingende Sicherung von internen und externen Beschwerdemöglichkeiten für junge Menschen, die außerhalb ihrer Familie leben von hoher Bedeutung (§ 45 Abs. 2 S.2 Nr.4 SGB VIII n.F.) sowie das Vorhalten entsprechender Möglichkeiten auch für Pflegekinder durch das Jugendamt (§ 37b Abs.2 SGB VIII n.F.). Und nicht zuletzt sind die Ombudsstellen zu nennen, die neu in das SGB VIII gekommen sind (§ 9 a SGB VIII) sowie die Verpflichtung der Träger der öffentlichen Jugendhilfen zur Zusammenarbeit mit Selbstvertretungen von Adressat*innen wie z.B. den Care Leavern (§ 4 SGB VIII n.F.). Beteiligungsrechte über den Einzelfall hinaus wie z. B. bei der Jugendhilfeplanung und damit der Planung der notwendigen Infrastruktur für ein „gesundes“ Aufwachsen, haben dabei neben den Neuregelungen natürlich weiterhin Bestand (z.B. § 80 SGB VIII).

Ein „Blitzlicht“ auf das neue Gesetz kann keinem Anspruch auf umfassende Information gerecht werden. Umfangreiche Informationen und auch Zusammenstellungen der Veränderungen im Detail bieten z. B. die Webseiten der einschlägigen Fachverbände (wie der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe/AGJ).

Fazit: Sicherlich bleibt das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz an manchen Stellen hinter den Anforderungen und Wünschen der Fachverbände und Interessenvertretungen aus dem Feld der Kinder- und Jugendhilfe zurück. Dennoch bietet es eine Reihe neuer Ansatzpunkte zur Stärkung der Stellung und der ernsthaften Beteiligung junger Menschen – wenn man dies aktiv umsetzen und gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen entwickeln will. ■



Prof. in Dr. Sabine Ader, Kath. Hochschule NRW, Abteilung Münster

Weil Transparenz Vertrauen schafft

Auf der Webseite Abgeordnetenwatch.de können Kinder und Jugendliche mit Politiker*innen in Kontakt treten und ihnen online Fragen stellen. Auch das Abstimmungsverhalten der gewählten Volksvertreter*innen kann dort nachverfolgt werden. „Wofür setzt sich die Person ein?“, „Welche Anträge werden abgelehnt?“ - Politik wird so transparenter und diejenigen, die für unsere Demokratie eintreten, können ein wenig besser kennengelernt werden.

www.abgeordnetenwatch.de

#hörtaufdiejugend

Um die Anliegen der Jugend deutlich zu machen und dafür eine Plattform zu bieten, hat der Bayerische Landesjugendring (BJR) unter dem Hashtag „#hörtaufdiejugend“ eine Kampagne in den sozialen Medien gestartet. Junge Menschen und Jugendorganisationen sind dazu aufgerufen, Beiträge oder Videos mit ihren Bedürfnissen, Wünschen, Forderungen oder Herzensanliegen zu posten. Der BJR will so auf die mangelhafte Jugendbeteiligung aufmerksam machen und dafür sorgen, dass die Bedarfe junger Menschen von Gesellschaft und Politik gehört werden. Über die auf der Internetseite integrierte Social-Media-Wall werden alle Statements, Fotos oder Videos sichtbar.

www.bjr.de/hoertaufdiejugend



Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK)

Demokratie in Kinderschuhen

Demokratie fällt nicht vom Himmel. Sie muss erarbeitet und gelebt werden. Es gilt daher bereits in der Kindertagesbetreuung, Demokratie erfahrbar zu machen. Mit dem gemeinsamen Projekt

Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung haben es sich die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und deren Koordinierungsstelle bei der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) zur Aufgabe gemacht, die Partizipation von Kindern in der frühkindlichen Bildung vielfaltssensibel zu fördern. Der Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK) – Bundesverband setzt das Teilprojekt „Demokratie in Kinderschuhen. Mitbestimmung und Vielfalt in katholischen Kitas“ um.

Ziel des Projekts „Demokratie in Kinderschuhen. Mitbestimmung und Vielfalt in katholischen Kitas“ ist, Kindertageseinrichtungen als Orte der gleichwertigen Vielfalt, der demokratischen Beteiligung und des gesellschaftlichen Engagements gegen Ausgrenzung und Ungleichheit weiterzuentwickeln. Die Verwirklichung dieses Ziels setzt eine Ebenen übergreifende Auseinandersetzung mit Demokratie und Vielfalt im Arbeitsfeld der katholischen Kindertagesbetreuung voraus. Zielgruppen des Projekts sind daher neben pädagogischen Fachkräften, Leitungskräften, Trägern von Kindertageseinrichtungen und Multiplikator*innen für die Kindertagesbetreuung auch Lehrkräfte und Schüler*innen von Ausbildungsstätten für Erzieher*innen sowie die übrige Fachöffentlichkeit.

Das Projekt wird von 2020 bis 2024 im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! vom Bundesfamilienministerium gefördert.

Bezug: KTK Bundesverband, E-Mail: ktk-bundesverband@caritas.de, www.demokratie-in-kinderschuhen.de

Landtag NRW

Neue digitale Entdeckungstouren für Schulen

Der Landtag Nordrhein-Westfalen bietet „Landtag macht Schule“ in einem neuen Format an, mit virtuellen Entdeckungstouren für Schüler*innen ab der siebten Klasse. Die Kinder und Jugendlichen entdecken dabei das Landesparlament – trotz der Corona-Pandemie. Denn auch in Pandemie-Zeiten arbeitet der Landtag weiter, beschließt Gesetze und debattiert aktuelle landespolitische Themen. Drei neue digitale Formate werden angeboten: ein digitaler Rundgang, ein virtueller Plenarbesuch und ein Online-Rollenspiel. Die Teilnehmer*innen haben die Möglichkeit, sich per Computer, Tablet, Laptop oder Smartphone aktiv einzubringen.

Beim virtuellen Rundgang lernen die Schüler*innen durch einen Erklärfilm die Funktion des Landtags und die Arbeit eines Abgeordneten kennen. Im Anschluss erkunden sie gemeinsam mit dem Besuchsdienst das Landesparlament. Das Programm dauert rund 90 Minuten. Auch virtuelle Besuche der Plenarsitzungen sind Teil des neuen Angebots: Sie starten mit dem Erklärfilm und im Anschluss erläutert der Besuchsdienst die Tagesordnung der aktuellen Plenarsitzung. Die Teilnehmer*innen verfolgen dann per Livestream die Sitzung. Anschließend erhalten sie weitergehende Informationen durch den Besuchsdienst. Der Zeitrahmen beträgt ebenfalls 90 Minuten und ist für Einzelklassen buchbar. Das dritte virtuelle Angebot, das Online-Rollenspiel, wird einmal pro Woche angeboten. Die Schüler*innen schlüpfen dabei selbst in die Rolle von Abgeordneten und lernen so Abläufe der parlamentarischen Demokratie kennen. Der Zeitrahmen beträgt rund vier Stunden.

Weitere Informationen zu den digitalen Entdeckungstouren unter der Telefonnummer 0211 884-2955/ -2302 oder per E-Mail: besucherdienst@landtag.nrw.de.



Landtag NRW

Der Landtag - für Kinder erklärt

Wer Politik nicht versteht, kann sich auch nicht dafür interessieren. Kindern Politik näherzubringen ist deshalb ein zentrales Thema des Landtags Nordrhein-Westfalen. Vom Wappen

über den Plenarsaal bis hin zu den Abgeordneten – Paul, das Maskottchen der Broschüre, erklärt alles haargenau und lässt sich dabei vom Landtagspräsidenten unterstützen. In einfachen Worten werden die Arbeit und die Bedeutung des Landtags erklärt und die häufigsten Fragen rund um das Thema Landespolitik beantwortet: Was macht der Landtag genau? Wie entsteht ein Gesetz? Was geht mich Politik an?

kinder@landtag.nrw.de, www.landtag.nrw/home/jugendangebote



klicksafe

Ethik macht klick

Ein neues Handbuch von Klicksafe unterstützt Jugendliche im kompetenten Umgang mit Fake News und Verschwörungserzählungen und hilft ihnen im Wahljahr 2021, sich eine fundierte politische Meinung bilden zu können. Das Handbuch stellt Meinungsbildungskompetenz in den Mittelpunkt, die von jungen Menschen benötigt wird, um auch auf dem Weg zu ihren ersten Wahlentscheidungen eine eigene Haltung zu entwickeln. In diesem Jahr werden viele junge Menschen zum ersten Mal eine politische Wahlentscheidung treffen. Entschieden werden diese Wahlen heute in einer medialen Öffentlichkeit, in der Falschmeldungen, populistische Narrative und Verschwörungserzählungen immer mehr zu Gefahren für demokratische Prozesse werden. Mangelnde Kompetenzen im Umgang mit diesen Phänomenen befeuern Misstrauen gegenüber Politik, Wissenschaft und Journalismus und stärken letztendlich antidemokratische Kräfte. Wichtig ist deshalb, dass Jugendliche als die Wähler*innenschaft von morgen schon früh lernen, Informationen kompetent zu bewerten und einzuordnen und sich eine auf Fakten beruhende politische Meinung zu bilden.

Autor*innen: Prof'in Dr. Petra Grimm, Karla Neef, Katja Kirste – Institut für Digitale Ethik (IDE)/Hochschule der Medien (HdM); Birgit Kimmel und Stefanie Rack/klicksafe
Bezug: www.klicksafe.de



Doris Katheder / Lara Kronet

Wie geht Demokratie?

Die Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus (CPH) in Nürnberg entwickelt im Rahmen des bundesweiten Modellprojekts „Wie geht Demokratie?“ insgesamt fünf inklusiv ausgerichtete Bildungsmodulare für junge Menschen mit Lernschwierigkeiten zu den Themenfeldern Demokratie und politische Teilhabe. In einem ersten Teil wurde dazu das inklusiv ausgerichtete Bildungsmodul „Demokratie und ich“ konzipiert. Das Angebot besteht aus dem neuen Arbeitsbuch und spezifisch darauf abgestimmten methodisch-didaktischen Arbeitsmaterialien. Das Buch richtet sich an Fachkräfte und Ehrenamtliche in Institutionen der Behindertenhilfe, der politischen Bildung und Menschenrechtsbildung sowie an Interessierte, welche die gleichberechtigte politische Teilhabe von Menschen mit Lernschwierigkeiten aktiv unterstützen möchten.

Die Publikation, die im Echter Verlag erschienen ist, soll das Grundverständnis von Demokratie fördern. Konkrete Beispiele verdeutlichen, auf wie viele Weisen Demokratie sich im Alltag auswirkt. Mitgestaltungsräume wurden aufgezeigt und für das bestehende Bildungsangebot sensibilisiert.

139 Seiten, Echter Verlag, ISBN 978-3-429-05628-5, 6 Euro

Deutsches Jugendinstitut

Zu jung für Politik? Von wegen!

Politische Bildung im Kindes- und Jugendalter ist das Thema der aktuellen Ausgabe des Forschungsmagazins DJI Impulse. Die Autor*innen zeigen ungenutzte Potenziale auf und identifizieren Nachholbedarf in weiterführenden Schulen und der Kinder- und Jugendarbeit. Die Demokratie steht vor großen Herausforderungen: Krisen wie die aktuelle Corona-Pandemie oder der Klimawandel, aber auch Globalisierung, Migration und Digitalisierung verlangen der demokratischen Lebens- und Gesellschaftsform vieles ab. Unter dem Titel „Politische Bildung von Anfang an: Wie Kinder und Jugendliche Demokratie lernen und erfahren können“ analysieren Wissenschaftler*innen die Herausforderungen in der politischen Bildung. Entscheidende Weichen für demokratisches Handeln und kritische Urteilskraft werden demnach in der Familie gestellt. Doch auch weil Kinder und Jugendliche immer mehr Zeit in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen verbringen, steigt deren Bedeutung in der politischen Bildung.

Deutsches Jugendinstitut e.V., 81541 München, www.dji.de/impulse

Die Jugend wünscht sich mehr Gehör!

Was erwarten junge Menschen von der Politik? Wie kann eine Politik aussehen, die auch jungen Menschen gerecht wird? Und wie kann es gelingen, dass junge Menschen auch in Krisen mehr Gehör finden? Diese und andere Fragen diskutierte Bundeskanzlerin Merkel mit jungen Menschen zum Abschluss des Kinder- und Jugendhilfetages. Drei Tage lang ging es beim 17. Kinder- und Jugendhilfetag um die Perspektiven der jungen Generation und ihrer Familien. Sowohl heute als auch zum Beispiel mit Blick auf die Corona-Folgen. Wie können Politik und Gesellschaft bereits jetzt im Sinne der heutigen Jugend und zukünftiger Generationen tätig werden? Darüber diskutierten Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe. Zum Abschluss der Veranstaltung diskutierte auch Bundeskanzlerin Merkel in einer Online-Diskussion mit vier jungen Menschen über diese Frage. Merkel sagte, dass die Regierung genau aus diesem Grund eine eigene Jugendstrategie entwickelt habe. Alle Ministerien müssten nun überlegen, wie man besser auf die Ideen und Bedürfnisse der jungen Leute eingehen kann. Das sei nicht länger nur eine Aufgabe des Jugendministeriums. Die Beteiligung von Jugendlichen sei dabei ein wichtiges Vorhaben. „Wir versuchen, möglichst viel von jungen Menschen mit aufzunehmen in unsere Regierungsarbeit“, so Merkel. Bei den jugendlichen Teilnehmern der Diskussion wurde schnell eine Gemeinsamkeit deutlich: Sie alle wünschen sich mehr Beteiligung. Der 15-jährige Levi aus Essen betonte, Jugendliche wollten über ihre Zukunft mitentscheiden. Er sprach sich dafür aus, dass das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt werden sollte.

Weitere Infos: www.jugendhilfeportal.de/djht

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 20.05.2021

Die in dieser Rubrik veröffentlichten Meinungen werden nicht unbedingt von der Redaktion und der Herausgeberin geteilt. Die Kommentare sollen zur Diskussion anregen. Über Zuschriften freut sich die Redaktion von **THEMA JUGEND**.



Partizipative Strukturen schützen

■ „Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“ – so steht es in §12 (1) der UN-Kinderrechtskonvention. Dieses grundlegende Recht auf Beteiligung von jungen Menschen kann nicht oft genug genannt und damit ins Gedächtnis gerufen werden.

Kinder haben ein Recht auf Beteiligung

In allen Debatten rund um Fragen von Kinder- und Jugendbeteiligung halte ich einen Perspektivwechsel für geboten: Es darf nicht zur Debatte stehen, warum Beteiligung sinnvoll ist, welche Gründe dafürsprechen, dass junge Menschen mitentscheiden dürfen, wenn es um ihre Lebenswelt geht. Diese Fragen erübrigen sich, weil ich davon ausgehe, dass Kinder und Jugendliche ein Recht darauf haben. Es müssen andere Fragen gestellt werden: Mit welcher Rechtfertigung wird Kindern und Jugendlichen ihr Recht auf Beteiligung vorenthalten? Mit welcher Begründung werden sie von gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozessen ausgeschlossen? Noch hat mich keine der Antworten auf diese Fragen überzeugt.

Mitbestimmung als Schutzfaktor

Aus der Arbeit zur Prävention sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen, aber auch aus anderen Felder des Kinder- und Jugendschutzes wissen wir: In Systemen, in denen Kinder und Jugendliche sich bewegen, sind partizipative Strukturen ein Schutzfaktor. Wenn Kinder und Jugendliche beispielsweise daran mitentscheiden, welche Verhaltensregeln auf der Ferienfreizeit gelten sollen, ist dies ein Element, das autoritäre Leitungsstrukturen unwahrscheinlicher macht. Wenn Sie Verantwortung übernehmen, kann es das Selbstbewusstsein für die Wahrung eigener Grenzen stärken. Eine partizipative Kultur schafft den Raum, in

dem sich Kinder und Jugendliche wirklich als vollwertige Subjekte des eigenen Lebens bewegen und ihn gestalten können - gleichwertig mit erwachsenen Menschen. Junge Menschen klein zu machen, in Abhängigkeiten zu zwingen und zu isolieren, wird erschwert.

Expert*innen ihrer Lebenswelt

Was für die Ferienfreizeit, den Jugendverband, den Jugendtreff oder die Offene Tür gilt, gilt auch für unsere Gesellschaft. Wenn junge Menschen selbstverständlich gleichberechtigt mitentscheiden, in dem sie beispielsweise ihr Wahlrecht ausüben, wenn sie als Expert*innen ihrer Lebenswelt in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, dann verändert das die Kultur unseres Zusammenlebens. Es verändert die Rolle und den Stellenwert, der Kindern und Jugendlichen aktuell beigemessen wird, weg von der Wahrnehmung als reine Beschulungs- oder Betreuungsobjekte, hin zu vollwertigen Subjekten mit spezifischen Interessen und Bedürfnissen.

Insbesondere unter den Eindrücken der Pandemie wird deutlich, dass diese Haltung in Kirche, Politik und Gesellschaft strukturell nicht ausreichend abgesichert ist. In einer Situation, in der der Zugang zu den Angeboten und Leistungen der Jugendhilfe stark eingeschränkt ist, ist diese Feststellung besonders dramatisch – denn Kinder- und Jugendschutz und ihre konsequente und ehrliche Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Prozessen lassen sich nicht voneinander trennen! ■

Max Pilger, katholischer Theologe, hauptamtlicher Landesvorsitzender des BDJ NRW e. V., Vorstandsmitglied der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW.



BAG Landesjugendämter
Hallo, ich bin Nele

Erstmalig gibt es eigens für Kinder ab drei Jahren ein Malbuch zu den Themen des Jugendamtes. Liebevoll gestaltet erzählt das Malbuch mit Ausmalbildern und kurzen kindgerechten Texten die Geschichte des Mädchens Nele und vermittelt den mitlesenden Eltern

auf unterhaltsame Art und Weise Einblicke in die Angebote des Jugendamtes. Mit der Protagonistin Nele lernen die Kinder (und Eltern) die Frühen Hilfen kennen, sie besuchen die Kindertagespflege und eine Kita, nehmen an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit teil und reden mit. Dass Kindheit nicht nur heile Welt ist und dass Kontakte mit dem Jugendamt hilfreich und positiv sind, wird an vielen Stellen im Malbuch deutlich - selbstverständlich ohne dabei belehrend sein zu wollen. Die Arbeitsgruppe (AG) Öffentlichkeitsarbeit aus Jugend- und Landesjugendämtern bei der BAG Landesjugendämter hat in der Vergangenheit bereits Unterrichtsmaterialien zu Jugendämtern für die Sekundarstufe I entwickelt. Mit dem Malbuch sollen nun bewusst kleine Kinder und ihre Eltern mit den Themen der Kinder- und Jugendhilfe angesprochen werden.

Informationen über die BAG Landesjugendämter: <http://www.bag-landesjugendaemter.de>



Dima Zito / Ernest Martin
Selbstfürsorge und Schutz vor eigenen Belastungen für Soziale Berufe

Die Arbeit mit belasteten Menschen in prekären Lebenssituationen ist meist intensiv, manchmal existenziell anstrengend und zuweilen tief befriedigend. Dies kann Fachkräfte vor große professionelle und persönliche Herausforderungen stellen.

Die Lebensgeschichten und Notlagen der Klient*innen rühren die Fachkräfte und die Balance zwischen Gewährsein des Außen- und des Innenlebens gerät in eine Schiefelage. Wann droht Mitgeföhlerserschöpfung, wann Sekundärtraumatisierung? In diesem Praxisbuch beleuchten Dima Zito und Ernest Martin die psychoemotionalen Dynamiken, die die Alltagsbelastungen der Fachkräfte erzeugen, und sie zeigen konkrete Wege auf, wie in einfachen Schritten die Belastung reduziert und mehr Präsenz wie Erfüllung erreicht werden kann.

125 Seiten, broschiert, BELTZJuventa, ISBN: 978-3-7799-3169-0, Oktober 2020, 14,95 Euro

■ ■ ■ ■ ■ INFORMATIONEN



Banner geben jungen Münchnern eine Stimme

Kinder und Jugendliche sind derzeit fast von der Bildfläche verschwunden und ihre Stimme wird nicht gehört. Der Münchner Kreisjugendring will das ändern: 200 Plakate und Banner mit Stimmen von Kindern und Jugendlichen wurden in den vergangenen Monaten in München aufgehängt. Auf den ein mal zwei Meter großen Transparenten, die an den meisten der mehr als 100 Münchner Freizeitstätten, bei vielen Sportvereinen und Jugendverbänden hängen, stehen Statements von Kindern und Jugendlichen. Sie sollen die Erwachsenen wachrütteln und Gleichaltrige motivieren, selbst den Mund aufzumachen. Die Aussagen stammen von jungen Münchnerinnen und Münchnern, die an der 3. Münchner Jugendbefragung 2020 teilgenommen haben. Zu der waren im Herbst 2020 alle jungen Menschen der Stadt zwischen 16 und 24 Jahren eingeladen. Die Antworten auf die Frage „Was hat sich in deinem Leben mit Corona zum Schlechte-

ren verändert?“ sind teilweise alarmierend und zeigen tiefe Verunsicherung und Frust.

Hinter der Aktion steht der Arbeitskreis Kinder- und Jugendbeteiligung, das Stadtjugendamt und das Aktionsbündnis „Wir sind die Zukunft“, einem Zusammenschluss von Kreisjugendring München-Stadt (KJR), Münchner Trichter und Fachforum Freizeitstätten.

Es ist nur ein einziger Satz, aber er lässt tief blicken: „Ich habe kaum noch etwas Anderes im Leben als Schule!, steht auf einer der Banner. Auf einem anderen heißt es: „Jeder Tag ist gleich und das Leben so wenig lebenswert im Moment.“

Weitere Infos: www.kjr-m.de/jugendarbeit-mit-corona/raise-your-voice

Jugendportal erklärt anschaulich die Bundestagswahl

Am 26. September ist Bundestagswahl. Wie funktioniert sie? Welche Vorbereitungen laufen bereits? Was müssen Erstwähler wissen? Das Jugendportal des Bundestages erklärt die Bundestagswahl 2021 jugendgerecht und anschaulich in einem Wahl-Spezial. Unter www.mitmischen.de gibt es aktuelle Meldungen, eine Zeitstrahl-Grafik zum Superwahljahr, zahlreiche Erklärvideos, die wichtigsten Lexikon-Begriffe und vieles mehr. Macht es eigentlich Freude, Politiker zu sein? Was macht weniger Spaß? Und wie blicken junge Politiker auf die vergangenen knapp vier Jahre im Bundestag? Das hat das mitmischen-Team sechs junge Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen gefragt – in einem 2-Minuten-Interview auf einem Personenbeförderungsband zwischen

zwei Bundestagsgebäuden. Neu auf dem Portal sind folgende Erklärvideos im Scribble-Stil: „Was machen die Bundestagsabgeordneten?“, „Was ist eine Koalition?“, „Die Parlamentsarmee“ und „Der Haushaltsplan“. Das Jugendportal des Deutschen Bundestages mitmischen.de informiert täglich über das Geschehen im Parlament und bietet Hintergrundstücke zu politischen Themen (aktuell etwa zur Wohnungslosigkeit junger Menschen, ein Pro-Contra „Zurück zur Wehrpflicht?“, ein Topthema zu Zoonosen). Zudem gibt es Informationsmaterial zum Download und Artikel über spezielle Angebote des Parlaments für Jugendliche.

Quelle: Jugendportal des Deutschen Bundestages, Deutscher Bundestag

Online-Plattform für Fortbildungen zu sexualisierter Gewalt

Damit pädagogische Fachkräfte künftig einfacher und schneller passende Fortbildungsangebote zu sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen finden und buchen können, ist am 12. April die Online-Plattform „Fortbildungsnetz sG“ gestartet. Das Bundesjugendministerium fördert das Projekt im Rahmen der „Trau dich!“-Initiative gegen sexuellen Kindesmissbrauch.

Online-Plattform erleichtert den Zugang

Als erste bundesweite Online-Datenbank bietet das Fortbildungsnetz pädagogischen Fachkräften eine Übersicht über Fortbildungen zum Thema sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen und die Möglichkeit, diese zu buchen. So können Erwachsene, die mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten, ihre Kompetenzen für den Kinder- und Jugendschutz stärken. Die Plattform erhöht Reichweite und Sichtbarkeit von Angeboten und bietet eine nachhaltige Struktur für die Qualifizierung von Fachkräften.

Fachlich gesicherte Fortbildungen anbieten

Die Datenbank wurde von der Deutschen Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung, -vernachlässigung und sexualisierter Gewalt e.V. (DGfPI) und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) aufgebaut. Seit September 2020 konnten Anbieterinnen und Anbieter ihre Fortbildungen für die Datenbank anmelden. Alle Fortbildungsangebote erfüllen die Qualitätskriterien der DGfPI, denn nur qualitativ hochwertige Fortbildungen sind wirksam für den Kinderschutz. Die Datenbank umfasst bereits Angebote von 80 Anbieterinnen und Anbietern und wird stetig erweitert. Das neue „Fortbildungsnetz sG“ ist ein wichtiger Baustein, um pädagogische Fachkräfte zu qualifizieren und Kinder wirksam zu schützen.

Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt schützen

Jedes Kind hat das Recht auf Schutz vor sexualisierter Gewalt. Erwachsene sind dafür verantwortlich, dass dieses Recht umgesetzt wird. Im Jahr 2019 verzeichnete die Polizeiliche Kriminalstatistik rund 15.000 gemeldete Fälle von sexualisierter Gewalt gegen Kinder. Das bedeutet, dass jeden Tag etwa 40 Kinder von sexualisierter Gewalt betroffen sind. Um sexualisierte Gewalt zu verhindern, müssen Erwachsene sensibilisiert sein und wissen, wie sie Kindern helfen können. Gerade Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, sollten sich weiterbilden können, um qualifizierte Ansprechpersonen zu werden. Fortbildungen sind dabei ein zentraler Bestandteil - auch um Schutzkonzepte in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche zu entwickeln.

Quelle: Information des Bundesfamilienministeriums vom 12. April 2021

Vermutlich höhere Dunkelziffer an Kindeswohlgefährdungen während des Lockdowns

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sind die Fälle von Kindeswohlgefährdungen in deutschen Kinderkliniken und Kinderpsychiatrischen Ambulanzen im März und April 2020 zurückgegangen. Das ist das Ergebnis einer Studie des Forschungsnetzwerks Medizinischer Kinderschutz des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE), an der 159 Kinderschutzambulanzen und Kinderschutzgruppen in Deutschland teilgenommen haben. Es wird allerdings vermutet, dass die Dunkelziffer von Misshandlung und Vernachlässigung betroffener Kinder weiter gestiegen ist. „Grund für die anzunehmende Vergrößerung des Dunkelfelds könnte unter anderem die durch den pandemiebedingten Lockdown fehlende soziale Kontrolle sein, die sonst z. B. in Schulen oder Kitas stattfindet. Zeitweise haben auch die Jugendämter und freien Träger der Jugendhilfe wegen des Lockdowns ihre aufsuchende Arbeit deutlich eingeschränkt“, sagt Priv.-Doz. Dr. Silke Pawils, Leiterin Forschungsgruppe Prävention im Kindes- und Jugendalter des Instituts für Medizinische Psychologie.

Quelle: idw-online.de 10.02.2021

Cybermobbing und Mobbing unter Kindern und Jugendlichen – Alarm ohne Folgen?!

Aktuell besteht die Befürchtung, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie das Risiko für Cybermobbing unter jungen Menschen verschärft haben könnten. Wenn Kinder und Jugendliche vermehrt digital statt analog miteinander zu tun haben, scheint die Zunahme von digitalen statt analogen Gewalt-Formen plausibel. Aus unserer fachlichen Sicht ist allerdings nicht jede digitale Gewalt-Attacke ein Cybermobbingfall. Diese Differenzierung verharmlost das Problem keineswegs, sondern fordert uns auf, den Blick auf pädagogische Einflussmöglichkeiten zu schärfen. Nicht nur die mediale Berichterstattung, sondern auch wissenschaftliche Studien vermischen oft verschiedene Phänomene in den sozialen Medien unter dem Begriff Cybermobbing. Das erschwert es, Anknüpfungspunkte für den pädagogischen Handlungsrahmen zu finden. Alarmierende Zahlen fördern eher die Tendenz, die sozialen Medien, statt den Umgang miteinander ursächlich für das Problem Cybermobbing anzusehen.

Gewaltprävention ist ein Arbeitsschwerpunkt des Kinder- und Jugendschutzes. Als Fachstellen plädieren wir für eine sachlich fundierte Eingrenzung des Begriffs und des Problemfeldes Cybermobbing. Auf dieser Basis formulieren wir hier unsere Position für eine nachhaltige pädagogische Prävention und Intervention. Unser Ziel ist es aufzuzeigen, wie Lehrkräfte sowie pädagogische Fachkräfte in Schule, Jugendarbeit und Jugendhilfe Cybermobbing und Mobbing unter Kindern und Jugendlichen verhindern und stoppen können.

Selbstverständnis des präventiven Kinder- und Jugendschutzes

Grenzverletzendes Verhalten im Allgemeinen und Gewalterfahrungen im Besonderen gefährden die psychosoziale Entwicklung von jungen Menschen, sowohl wenn sie Gewalt erleiden als auch wenn sie Gewalt selbst ausüben oder indirekt betroffen sind. Gewaltprävention bedeutet, Kindern und Jugendlichen gewaltfreie Möglichkeiten zur Konfliktlösung, Selbstbehauptung und für

Selbstwirksamkeitserfahrungen anzubieten. Ebenso gehören dazu Bewältigungsstrategien und Schutzangebote.

Cybermobbing und Mobbing sind Formen von Gewalt. Cybermobbing und Mobbing vorzubeugen und zu beenden, ist eine wesentliche Aufgabe für alle schulischen und sozialen Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche zusammenkommen. Prävention und Intervention gelingen zuverlässig, wenn ein tragfähiges Schutzkonzept eingeführt ist. Ziel ist ein umfassendes einrichtungsbezogenes Konfliktmanagement. Notwendig sind strukturelle Ressourcen und regelmäßige Schulungen von Lehr- sowie pädagogischen Fachkräften. Ein tragfähiges Schutzkonzept zum Umgang mit Grenzverletzungen und Mobbing bindet personelle und finanzielle Ressourcen.

Sowohl Maßnahmen im Präventionsbereich als auch die professionalisierte Mobbing-Intervention benötigen qualifiziertes Personal. Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte (in schulbezogener Sozialarbeit ebenso wie in Einrichtungen der Jugendarbeit und Kinder- und Jugendhilfe) brauchen Fortbildungen und Strukturen, um ihr Wissen umzusetzen. Wenn die „Einzelkämpfer*innen“, mit denen wir in unseren Fortbildungen oft zu tun haben, Rückendeckung und qualifizierte Kolleg*innen an der Seite haben, wird das „Hinsehen und Handeln für einen fairen Umgang miteinander“ nicht mehr nur eine Floskel, sondern zum Rettungsanker für viele Kinder und Jugendlichen.

Weitere Infos: www.baj-jugendschutz.de

Bund der Deutschen Katholischen Jugend

Zukunftszeit beginnt jetzt!

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) setzt sich für eine gerechte, solidarische und vielfältige Gesellschaft ein. Die katholischen Jugendverbände treten Rassismus, Homosexuellenfeindlichkeit, Sexismus und jeder Form von Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Konkret wird das im Vorfeld der Bundestagswahl mit der Aktion „Zukunftszeit – Gemeinsam für ein buntes Land“.

„Wir freuen uns riesig, gemeinsam mit vielen Aktiven aus den Verbänden wieder Zukunftszeit zu gestalten! Auch eine Pandemie kann uns nicht stoppen, für unsere Überzeugungen einzutreten und sie durch Aktionen sichtbar zu machen.“, sagt BDKJ-Bundesvorstandsvorsitzende Lisi Maier. Im Zeitraum von März bis September 2021 sollen politische Aktionen, Bildungsveranstaltungen und Demonstrationen für ein buntes Land in ganz Deutschland stattfinden. „Wir stehen ein für ein Land ohne Hass und Hetze! Und wir haben konkrete Forderungen an die Politik!“, so Maier weiter. Der BDKJ fordert in seiner Aktion konkret eine Neuorientierung der EU-Flüchtlingspolitik, die Absenkung des Wahlalters, das klare Eintreten gegen die Zunahme frauenfeindlicher Gewalt, die Einführung eines Kinder- und Jugendgrundeinkommens sowie den konsequenten Einsatz gegen den Klimawandel. In der Aktion „Zukunftszeit“ sollen bis zur Bundestagswahl im September 35.000 Zeitstunden (entspricht der Länge einer Legislaturperiode) für ein buntes, solidarisches und vielfältiges Land gesammelt werden. Der BDKJ möchte damit proaktiv gegen Menschenfeindlichkeit vorgehen und ein christliches Zeichen für eine plurale und demokratische Gesellschaft setzen.

www.bdkj.de



IN EIGENER SACHE

NEUES AUS DER GESCHÄFTSSTELLE UND DEM VORSTAND



Der Kinderschutzparcours

Die Katholische Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz bietet ab sofort die Ausleihe eines Kinderschutzparcours an. Der Parcours wurde entwickelt und erprobt von der Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Thüringen e. V.. Im Rahmen eines durch Landesmitteln geförderten Projektes, wird dieser Parcours jetzt auch nach NRW gebracht. Insbesondere Einrichtungen im ländlichen Raum sollen davon profitieren können.

Worum es geht:

- Welche Kinderrechte gibt es?
- Was stärkt mich?
- Welche Gefühle kenne ich?
- Welches Geheimnis sollte ich nicht für mich behalten?
- Wo hole ich Hilfe, wenn ich nicht mehr weiterweiß?

Der Parcours behandelt diese Fragen und Themen aus dem Alltag vor allem spielerisch und ist damit für Kinder zwischen **8 und 12 Jahren** geeignet.

In kleinen Gruppen durchlaufen die Kinder **Stationen**, in denen sie sich mit folgenden Themen auseinandersetzen

- Kinderrechte
- Gewalt, Wut und Macht
- Nähe und Distanz
- Gefühle
- Hilfe holen

Bestandteile des Parcours

Der gesamte Parcours besteht aus

- **fünf stabilen Aufstellern**, an denen Kinder interaktiv arbeiten können, die als Themengeber und als Einstieg in die Stationsarbeit dienen,
- einer **Box**, in denen sich alle benötigten methodischen Materialien für die Stationen befinden,
- Heftchen mit den wichtigsten Informationen für die Kinder, die gleichzeitig als Stempel-Sammelheft dienen und
- einem **Handbuch** für die Moderator*innen.

Die Infoveranstaltung als Voraussetzung der Parcoursarbeit

In einer eintägigen Infoveranstaltung werden die Methoden des Parcours vorgestellt und Interessent*innen auf die Parcoursarbeit vorbereitet. Die Veranstaltung sollte nach Möglichkeit in Präsenz durchgeführt werden. Lässt dies das aktuelle Infektionsgeschehen vor Ort nicht zu, kann auf eine digitale Alternative ausgewichen werden.

Die Teilnehmer*innen der Infoveranstaltung

- durchlaufen Teile des Parcours selbst,
- lernen das didaktische Material kennen,
- tauschen sich untereinander aus,
- leiten Übungen selbst an,
- erhalten das Handbuch mit den Methoden zum Parcours und ein Zertifikat.

Der Parcours in Ihrer Einrichtung

- Idealerweise stehen für die Durchführung des Parcours **vier Räume** für die parallele Kleingruppenarbeit zur Verfügung. Auch die Arbeit in einem großen Raum, z. B. einer Turnhalle oder einer Aula, ist möglich.
- Für einen Parcoursdurchlauf mit allen Stationen empfehlen wir **einen Projekttag von drei Stunden (z. B. 4 x 45 min.)**
- **Vier pädagogische Fachkräfte** sind für die Durchführung des Parcours an einem Projekttag notwendig.

Den Parcours ausleihen

Geschulte Fachkräfte sowie ehrenamtliche Gruppenleitungen können den Parcours bei der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. innerhalb von NRW kostenlos ausleihen. Lediglich die Organisation inklusive Verpflegung bei der Informationsveranstaltung und der Projekttag muss übernommen werden. Für den Transport des Parcours ist eine individuelle Absprache erforderlich. Der Parcours kann ohne großen Aufwand von den Einrichtungen, die ihn nutzen wollen, aufgebaut werden.

Informationen für Fachkräfte und Gruppenleiter*innen

Die Moderator*innen des Kinderschutzparcours leitet die Spiele und Übungen an und bringt die Kinder dadurch miteinander ins Gespräch.

- Sie bestärken die Kinder positiv.
- Sie ermutigen die Kinder, die eigenen Gefühle ernst zu nehmen und, wenn nötig, NEIN zu sagen.
- Sie ermöglichen den Kindern, von ihren eigenen Handlungsstrategien zu berichten und zeigen Möglichkeiten zum Umgang mit problematischen Situationen auf.
- Sie ermutigen die Kinder, sich Hilfe zu holen.

Ausleihtermin oder mehr Informationen gewünscht?

Ab sofort können Termine für die Infoveranstaltung sowie für die Ausleihe bei der Projektreferentin Gundis Jansen-Garz gebucht werden. Das Projekt ist zunächst bis zum 30. April 2022 befristet.

Kontakt:

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW, Gundis Jansen-Garz, E-Mail gundis.jansen-garz@thema-jugend.de.

Ein kurzer Trailer zum Kinderschutzparcours ist auf der Internetseite der Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Thüringen zu finden: www.jugendschutz.thueringen.de

Neue Beiratsmitglieder

Der Redaktionsbeirat der **THEMA JUGEND** freut sich über zwei neue Gesichter in der Runde. Mit Prof. in Dr. Sabine Ader und Dr. Michael Achenbach konnten zwei Expert*innen gewonnen werden, die den Blick auf den Kinder- und Jugendschutz ausweiten. Sabine Ader lehrt im Fachbereich Soziale Arbeit an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen/Standort Münster zu den Schwerpunkten „Theorien und Konzepte Sozialer Arbeit“ und „Kinder- und Jugendhilfe“. Michael Achenbach ist Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin in Plettenberg und Sprecher des Ausschusses Jugendmedizin im Bundesverband Kinder- und Jugendärzte (BVKJ). Wir heißen beide herzlich willkommen!



Elternwissen Nr. 25 erschienen

ERSTE LIEBE

Verliebt sein ist schön. Das Herzklopfen, die Schmetterlinge im Bauch, wenn der Schwarm in der Nähe ist. Dann erstes Händchenhalten, vorsichtige Berührungen und vielleicht schon bald der erste Kuss. Die erste Liebe ist etwas Besonderes und bleibt für viele Menschen bis ins hohe Alter unvergesslich. Aber meistens hält sich diese erste rosa Wolke nicht lange. Es folgt Liebeskummer, von dem man glaubt,

das er nie wieder vorbeigeht. Kinder und Jugendliche machen auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben viele Erfahrungen – gute und weniger gute.

Wenn die erste Liebe in Sicht ist, ist das ein einschneidendes Erlebnis – nicht nur für die Jugendlichen selbst, sondern auch für die Eltern! Für sie ist diese Zeit ein erster Ablösevorgang und deshalb mit vielen Fragen und Ängsten verbunden. Was dürfen Eltern zulassen und wo sollten sie einschreiten, ohne die Gefühle des eigenen Kindes zu verletzen?

Diese Broschüre möchte Eltern im Dschungel der ersten Liebe ihrer jugendlichen Kinder Orientierung geben und dabei helfen, achtsame Ansprechpartner*innen zu sein und sie gut durch das Gefühlsdurcheinander zu begleiten.

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. (Hrsg.), Münster 2021, 0,40 Euro/Exemplar zzgl. Versandkosten, Bezug: info@thema-jugend.de

Wir waren dabei

Am 10. und 11. Mai 2021 veranstaltete der Deutsche Präventionstag (DPT) gemeinsam mit seinen Gastgebernden Veranstaltungspartnern Stadt Köln und dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen seinen 26. Jahreskongress. Eine Woche später, vom 18. bis 20. Mai fand der 17. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag statt. Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. war dabei!

Wenn auch nicht live und in Farbe, so doch immerhin mit einem digitalen Stand konnte sich die Kath. LAG bei den beiden wichtigen Veranstaltungen präsentieren. Ein vorbereiteter digitaler Infostand zeigte die breite Palette an Broschüren und Arbeitshilfen; in Gesprächen und im Chatroom konnten unsere Mitarbeiterinnen Fragen beantworten und mit den Gästen ins Gespräch kommen.



Im Rahmen des Fachkongresses fanden rund 270 digitale Fachveranstaltungen der AGJ-Mitgliedsorganisationen und ihrer Kooperationspartner*innen statt. Die Fachveranstaltungen spiegeln das gesamte Themenspektrum sowie die Vielfalt der Kinder- und Jugendhilfe wider. Besonders präsent waren dieses Mal die Themen ganztägige Bildung, Digitalisierung, politische Bildung, Care Leaver, Pflegekinderhilfe, Kinderschutz und Corona. Rund 260 Aussteller*innen präsentierten hier ihre Angebote rund um das Thema Kinder- und Jugendhilfe. Unsere Ausstellungsfläche befand sich auf der Plattform des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalens (MKFFI).

Vortragsveranstaltung

Auswirkungen einer frühen Anhäufung von Umweltrisikofaktoren auf Gewalttätigkeit und Kriminalität im Erwachsenenalter

Der Landesarbeitskreis Jugendhilfe, Polizei und Schule NRW (LAK NRW), dem auch die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW als Kooperationspartner angehört, lädt herzlich zur Vortragsveranstaltung mit anschließender Diskussion am 29. September 2021, von 9.30 bis 13.15 Uhr, im Horion-Haus in Köln, ein.

Am 10. März 2020 richtete der LAK NRW die Fachtagung „Aufwachsen in risikobehafteten Strukturen“ in Köln aus. Der Hauptvortrag von Prof. Dr. Ehrenreich (Professorin für Neurologie und Psychiatrie, Honorarprofessorin für Psychologie und Biologie, Klinische Neurowissenschaften, Max-Planck-Institut für Experimentelle Medizin) musste krankheitsbedingt abgesagt werden. Der LAK NRW bietet daher diesen Nachholtermin an.

Das Leben in der Großstadt, körperlicher oder sexueller Missbrauch, Migrationserfahrungen, Cannabiskonsum oder problematischer Alkoholgebrauch während der Jugend erhöhen das Risiko junger Menschen, sich als Erwachsene gewalttätig zu verhalten. Dies ist das Ergebnis einer von Hannelore Ehrenreich am Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin in Göttingen geleiteten Studie. Die Ergebnisse liefern überdies erste wissenschaftlich fundierte Hinweise darauf, dass extreme soziale Bedingungen sogar die Genaktivität einer Person verändern können. Im Anschluss an den Vortrag erfolgt eine Diskussion über Transfermöglichkeiten und Präventionsansätze. Der Veranstalter behält sich vor, kurzfristig das analog geplante Format als hybrides Format mit verringerter Teilnehmendenzahl in Präsenz anzubieten.

Teilnahmebeitrag: 20 Euro

Anmeldung: www.jugend.lvr.de>Fortbildungen>

THEMA JUGEND

Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung
erscheint vierteljährlich

Herausgeberin:

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.
V.i.S.d.P.: Gundis Jansen-Garz
Schillerstraße 44a, 48155 Münster
Telefon 0251 54027
Telefax 0251 518609
E-Mail: info@thema-jugend.de
www.thema-jugend.de

Redaktion:

Gundis Jansen-Garz

Bildrechte:

Titel: Manfred Richter_Pixabay; S. 2: Privat; S. 3: Gerd Altmann_Pixabay
S. 4: White77_Pixabay, Westfale_Pixabay; S. 5: UniDo
S. 6: pics_kartub_Pixabay; S. 7: Gerd Altmann_Pixabay; Kathi Geiger
S. 8: Rama Krishna Karumanc_Pixabay; S. 9/10: Landesjugendring NRW;
S. 10: Privat; S. 11: Gundis Jansen-Garz
S. 12 Capri23auto_Pixabay; S. 13: StreetSign_Pixabay
S. 14: CDU-Landtagsfraktion; S. 15: Steven_Weirather_Pixabay
S. 16: AdB; S. 17: HanisauLand; S. 18: Privat; S. 19: Privat
S. 22: Gundis Jansen-Garz; S. 23: Münchener Kinder- und Jugendforum

Redaktionsbeirat:

Dr. Michael Achenbach, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin in Plettenberg; Sprecher des Ausschuss Jugendmedizin im Bundesverband Kinder- und Jugendärzte (BVKJ)
Prof. in Dr. Sabine Ader, Katholische Hochschule NRW (KatHO NRW) Abteilung Münster, Fachbereich Soziale Arbeit
Gesa Bertels, Soziologin, Dipl. Sozialarbeiterin, LWL-Landesjugendamt Westfalen
Dr. Eva Bolay, Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin, Münster
Prof. in Dr. Marianne Genenger-Stricker, Kath. Hochschule NRW, Abteilung Aachen

Herstellung:

Druckerei Joh. Burlage GmbH & Co KG
Kiesekampweg 2, 48157 Münster
Telefon 0251 986218-0

Bezugspreis:

Einzelpreis 2 Euro
Der Bezugspreis für Mitglieder und Mitgliedsverbände der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Zitierhinweis:

Nachname, Vorname (Jahr): Titel des Beitrags.
In: **THEMA JUGEND**. Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung.
Ausgabe 2/2021. Seitenangabe.

ISSN 0935-8935



THEMA JUGEND wird auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.

NÄCHSTES GEPLANTES THEMA:

3/2021 Klimawandel

NACHRICHTEN

Deutsches Kinderhilfswerk

Akademie für Kinder- und Jugendparlamente offiziell eröffnet

Das Projekt „Akademie für Kinder- und Jugendparlamente“ ist an den Start gegangen. Das Projekt mit einer Laufzeit von vier Jahren ist Teil der Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“ des Deutschen Kinderhilfswerks. Die Initiative unterstützt die Rolle der Parlamente als wichtiger Bestandteil eines vielfältigen Beteiligungsangebotes für junge Menschen auf kommunaler Ebene. Mit der Initiative sollen Kinder und Jugendliche für Politik begeistert und die Akzeptanz der Demokratie gestärkt werden. Seit März dieses Jahres ist auch die „Akademie für Kinder- und Jugendparlamente“ in Trägerschaft des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB) Teil dieser Initiative. Das Projekt hat sich zur Aufgabe gemacht, bundesweit bedarfsgerechte Angebote der politischen Bildung für Engagierte in den Kinder- und Jugendparlamenten, für Fachkräfte und Begleitpersonen von Kinder- und Jugendparlamenten sowie für Politik und Verwaltung bereitzustellen. Um bundesweit Jugendbeteiligungsstrukturen zu verankern und zu unterstützen, wird der AdB gemeinsam mit seinen Mitgliedseinrichtungen sowie mit weiteren Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-bildung eine dezentrale Angebotsstruktur aufbauen. Geplant ist, in allen Bundesländern einen festen Standort zu etablieren, an dem die Qualifizierungsangebote umgesetzt werden.

Quelle: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten vom 26. April 2021

Jugendschutzgesetz im digitalen Zeitalter angekommen

Das Zweite Gesetz zur Änderung des Jugendschutzgesetzes – kurz JuSchG – ist ab dem 1. Mai in Kraft. Das JuSchG ist damit in das digitale Zeitalter überführt worden. Der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V., Klaus Hinze, fordert, über die neuen gesetzlichen Regelungen hinaus, Initiativen für eine Intensivierung präventiver Angebote in Bildung und Erziehung, um junge Menschen und Familien bei der Nutzung digitaler Angebote zu stärken. Entsprechende Angebote für Kinder, Jugendliche und Eltern sollen verbindlich und dauerhaft in Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe verankert werden.

„Es hat gute Ansätze, schafft es jedoch nicht, den Kinder- und Jugendmedienschutz ins digitale Zeitalter zu bringen. Die notwendige Modernisierung ist noch nicht abgeschlossen“ - zu dieser Einschätzung kommen die TV- und Online-Selbstkontrollen FSF und FSM, die den Gesetzgebungsprozess grundsätzlich positiv, aber auch kritisch begleitet haben. Positiv im neuen Jugendschutzgesetz sei der kinderrechtliche Ansatz. Erstmals sei für den Jugendmedienschutz verankert, dass es nicht allein um repressive Maßnahmen geht, sondern auch um die Teilhabe von Kindern an medialer Kommunikation und um die Förderung ihrer Medienkompetenz. Da die Zuständigkeiten im Medienbereich aber nach wie vor

Adressaufkleber

zwischen Bund und Ländern geteilt seien, könnten echte konvergente Lösungen nur gemeinsam erfolgen. Da habe die Unübersichtlichkeit des Systems eher zugenommen.

Mit Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Jugendschutzgesetzes am 1. Mai 2021 wird die bisherige Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPJM) zur Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ). „Die Umbenennung folgt einem deutlich ausgeweiteten gesetzlichen Auftrag der in Bonn ansässigen Bundesoberbehörde sowie einem konsequent kinderrechtlich und am Mediennutzungsverhalten der Kinder und Jugendlichen ausgerichteten Verständnis von Kinder- und Jugendmedienschutz“, heißt es von Seiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Der genaue Wortlaut des Gesetzestextes findet sich unter www.gesetze-im-internet.de.

www.bzkg.de, www.fsm.de, www.fsf.de

Kinderrechte vorerst nicht im Grundgesetz

Laut Justizministerin Christine Lambrecht ist die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz für diese Legislaturperiode gescheitert. Das sei nach der abschließenden Verhandlungsrunde mit den Bundestagsfraktionen am 7. Juni 2021 deutlich geworden. Die von der Großen Koalition vereinbarte Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz ist nach Aussage von Justiz- und Familienministerin Christine Lambrecht gescheitert - zumindest für diese Legislaturperiode. Ein Kompromissvorschlag wurde von einigen Politiker*innen, Jurist*innen und Kinderschutzorganisationen kritisiert, unter anderem, weil das Kindeswohl nur „angemessen“, nicht vorrangig berücksichtigt werden sollte und weil das Elternrecht überbetont sei. So kam es zu keiner Einigung. Man habe, so Lambrecht, die historische Chance vertan, die Kinderrechte als sichtbares Leitbild in unserem Grundgesetz zu verankern. „Unsere Kinder hätten es verdient, dass sich alle zusammenraufen und im Sinne der Sache zu einer Lösung kommen“, sagte Lambrecht. Für eine Änderung des Grundgesetzes ist eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat erforderlich.

Quelle: tagesschau.de vom 8. Juni 2021

Die nächste Ausgabe von
THEMA JUGEND
erscheint im September 2021
zu „Klimawandel“